



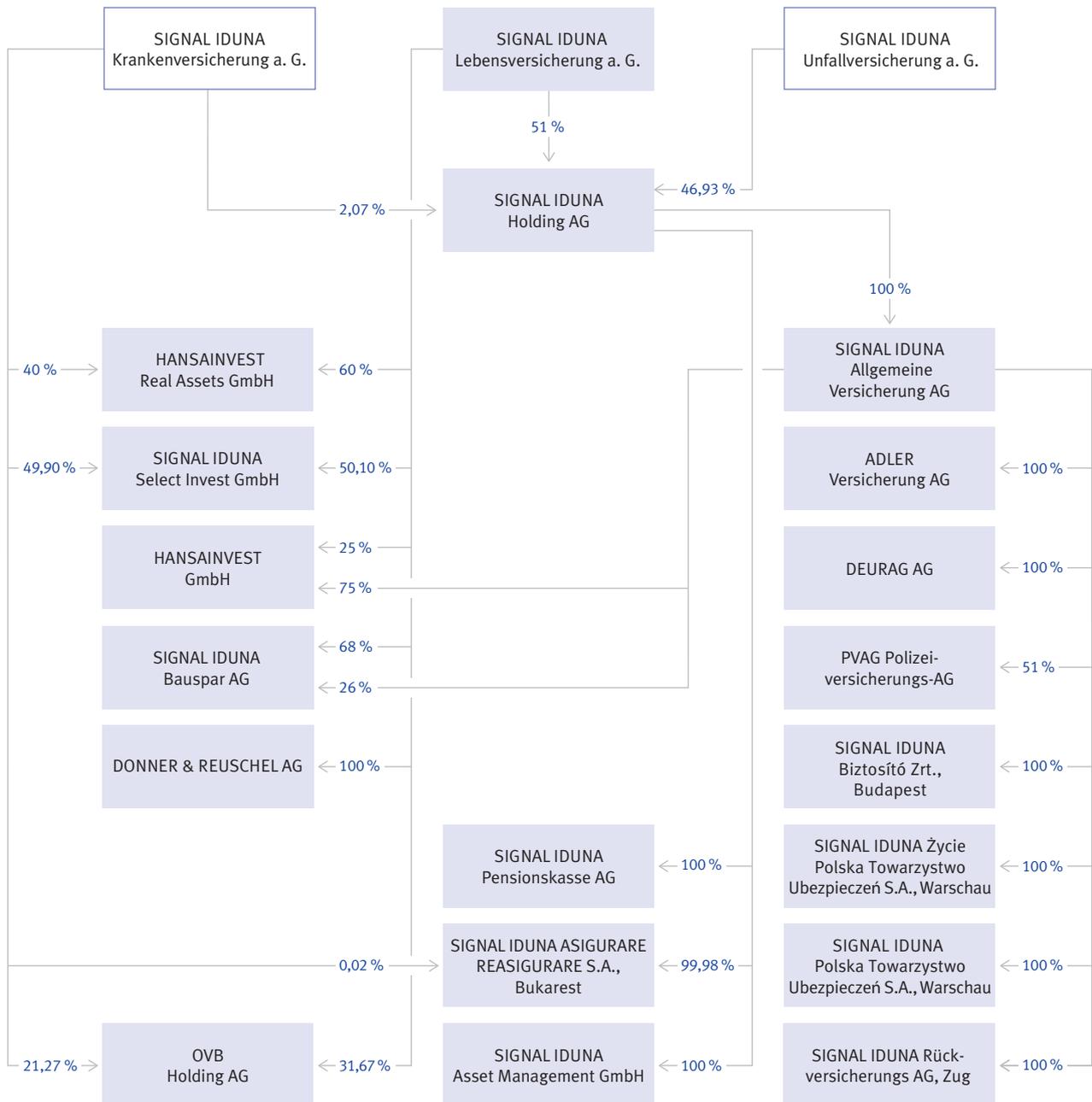
Geschäftsbericht 2018

DEURAG Deutsche Rechtsschutz-Versicherung AG

Ein Unternehmen der
SIGNAL IDUNA Gruppe

		2018	2017	2016
Vertragsbestand				
Laufender Beitrag für ein Jahr in der Lebensversicherung	in Mrd. EUR	1,193	1,216	1,230
Selbst abgeschlossene Lebensversicherungsverträge	in Mio.	1,983	2,026	2,065
Versicherte natürliche Personen in der Krankenversicherung	in Mio.	2,539	2,540	2,552
Selbst abgeschlossene Schaden- und Unfallversicherungsverträge	in Mio.	7,186	7,584	8,227
Versicherungs- und Sparbeiträge				
	in Mio. EUR			
Lebensversicherung		1.379	1.409	1.446
Krankenversicherung		2.863	2.819	2.699
Schaden- und Unfallversicherung		1.359	1.324	1.317
Rückversicherung		139	136	122
Spar- und Tilgungseingänge im Bauspargeschäft		162	159	171
Netto-Mittelaufkommen im Investmentgeschäft		3.841	3.759	2.306
Leistungen für Versicherungsfälle				
	in Mio. EUR			
Lebensversicherung		1.686	1.546	1.591
Krankenversicherung		2.350	2.295	2.220
Schaden- und Unfallversicherung		903	875	887
Rückversicherung		102	100	87
Assets Under Management				
	in Mio. EUR			
Kapitalanlagen in der Lebensversicherung		22.617	22.447	21.888
Kapitalanlagen in der Krankenversicherung		23.944	22.874	22.383
Kapitalanlagen in der Schaden- und Unfallversicherung		3.460	3.356	3.259
Kapitalanlagen in der Rückversicherung		598	576	536
Baudarlehen und Kapitalanlagen im Bauspargeschäft		1.067	982	930
Fondsvermögen im Investmentgeschäft*		16.331	13.909	10.604
Assets Under Management im Bankgeschäft		8.490	8.920	8.212
Mitarbeiter				
Angestellte Mitarbeiter		7.329	7.648	8.127
Haupt- und nebenberufliche Vermittler		21.398	27.435	27.917

* ohne gruppeneigene Spezialfonds



Die farblich hinterlegten Unternehmen gehören zum SIGNAL IDUNA Leben Konzern.

		2014	2015	2016	2017	2018	Veränderung in %
Beitragseinnahmen (brutto)	TEUR	158.528	166.044	174.529	175.818	174.658	- 0,7
Schadenzahlungen	TEUR	110.055	119.242	132.457	127.067	124.209	- 2,2
Schadenquote*	%	78,9	74,4	77,4	75,7	74,5	- 1,6
Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb (f.e.R.)	TEUR	52.105	54.707	54.742	50.690	52.290	+ 3,2
Kostenquote*	%	32,9	33,1	31,6	28,8	29,8	+ 3,5
Anzahl der mindestens einjährigen Verträge	Stück	1.203.899	1.234.052	1.218.523	1.200.354	1.158.062	- 3,5
Anzahl Schadenmeldungen	Stück	201.664	210.834	211.724	201.622	195.662	- 3,0
Kapitalanlagen	TEUR	362.383	371.326	384.272	383.896	403.699	+ 5,2
Jahresüberschuss	TEUR	1.139	221	97	1.758	514	- 70,8

* in % der verdienten Bruttobeiträge

DEURAG Deutsche Rechtsschutz-Versicherung AG

Geschäftsbericht 2018
Hauptversammlung am 29. April 2019

7	Lagebericht
23	Jahresabschluss
24	Jahresbilanz zum 31. Dezember 2018
26	Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2018
	Anhang
30	Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden
36	Erläuterungen zur Bilanz zum 31. Dezember 2018
44	Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2018
46	Entwicklung der Aktivposten A und B im Geschäftsjahr 2018
48	Sonstige Angaben
50	Organe
51	Konzernangaben
52	Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers
58	Bericht des Aufsichtsrates

Lagebericht

Lagebericht

I. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die DEURAG Deutsche Rechtsschutz-Versicherung AG ist der alleinige Rechtsschutzversicherer der SIGNAL IDUNA Gruppe und alleiniger Rechtsschutzpartner der MÜNCHENER VEREIN Versicherungsgruppe. Das Versicherungsgeschäft erstreckt sich ausschließlich auf die Sparte Rechtsschutz und wird über zwei Marken vertrieben. Mit der Marke DEURAG sind wir im Maklervertrieb und mit der Marke ALLRECHT über die Ausschließlichkeitsorganisation der SIGNAL IDUNA Gruppe tätig. Mit beiden Marken sind wir schwerpunktmäßig im Privatkundengeschäft tätig.

Die DEURAG ist der achtgrößte Rechtsschutzversicherer Deutschlands (Quelle: Statistik der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht – Erstversicherungsunternehmen und Pensionsfonds / Schaden- und Unfallversicherung 2017). Das Geschäft erstreckt sich auf das gesamte Gebiet der Bundesrepublik Deutschland. Der Standort unseres Unternehmens ist Wiesbaden.

Der globale Aufschwung setzte sich auch im Jahr 2018 weiter fort, hat aber im zweiten Halbjahr an Dynamik verloren. Vor allem haben die USA durch ein hohes preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt (BIP) zum Wachstum beigetragen. Dennoch führte der von den USA ausgehende Protektionismus zu Sorge. Insbesondere der drohende Handelskrieg mit China verunsicherte die Weltwirtschaft.

Die Konjunktur im Euroraum entwickelte sich im Verlauf des Jahres 2018 moderat. Das Wachstum der europäischen Wirtschaft betrug 1,9 % (Vorjahr 2,4 %). Die Inflationsrate betrug knapp 2,0 % und lag damit deutlich über den Vorjahreswerten. Nach Griechenland ist Italien – immerhin die viertgrößte Wirtschaft Europas – dabei, mit seiner Schuldenpolitik zu einem weiteren, vielleicht größeren Risiko für den Euro zu werden. Die französische Regierung steht unterdessen aufgrund der „Gelbwestenbewegung“ unter Druck.

Der Aufschwung in Deutschland setzte sich auch in diesem Jahr fort – hat allerdings an Fahrt eingebüßt.

Zu Beginn des vierten Quartals gab es einen Rückgang, da insbesondere die Industrieproduktion – bedingt durch Probleme der deutschen Automobilindustrie mit dem neuen Testzyklus der Dieselmotoren – schwächelte. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt wuchs in 2018 um 1,5 % und betrug nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im Jahr 2018 3,4 Billionen EUR.

Die Verbraucherpreise – insbesondere durch steigende Energiepreise – zogen in Deutschland auch in 2018 weiter an. Die Wirtschaftsleistung wurde im Jahresdurchschnitt 2018 von knapp 45,2 Mio. Erwerbstätigen erbracht, was den höchsten Stand seit der deutschen Wiedervereinigung widerspiegelt. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote betrug im Jahr 2018 5,2 % (Vorjahr: 5,7 %).

Dies führt zu einer weiteren Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der privaten Haushalte. Der private Konsum und die Sparquote sind weiterhin hoch.

Entwicklung der Kapitalmärkte

2018 war für die Kapitalmärkte wieder ein schwieriges Jahr, das Anlegern so gut wie keine Möglichkeit ließ, positive Renditen zu erwirtschaften. Die diversen Belastungsfaktoren – allen voran der Handelskonflikt zwischen den USA und China – sorgten zunehmend für Unsicherheit an den Märkten und für eine entsprechend abnehmende Risikobereitschaft der Investoren. Hinzu kamen die Ungewissheit im Hinblick auf die konkrete Ausgestaltung des „Brexit“ sowie der Haushaltsstreit zwischen der italienischen Regierung und der EU-Kommission. Die realwirtschaftlichen Folgen dieser Entwicklung – Abkühlung des Welthandels sowie eine abnehmende Investitionsneigung – hinterließen ihre Spuren auch an den Kapitalmärkten.

Die Heterogenität innerhalb der Eurozone beeinflusste auch 2018 weiterhin die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB). Auch wenn die Rahmenbedingungen ein restriktiveres Vorgehen bereits ermöglicht hätten, erfolgte nur ein langsamer Kurswechsel. Die EZB beendete ihr Anleihekaufprogramm zum Jahresende

grundsätzlich und wird ab 2019 keine zusätzlichen Anleihen mehr erwerben, aber sie blieb ihrem expansiven Kurs treu, denn sowohl der Leitzins als auch der Einlagenzins blieben mit 0,0 % bzw. -0,4 % ein weiteres Jahr unverändert.

Währenddessen setzte die US-Notenbank ihren Zinserhöhungskurs fort und erhöhte ihren Leitzins in weiteren vier Schritten. So stieg die Rendite zehnjähriger US-Staatsanleihen in der Spitze auf deutlich über 3 % an. Zum Jahresultimo betrug die Rendite 2,69 % – ein Plus von 0,28 %-Punkten im Vergleich zum 31. Dezember 2017. Die Rendite zehnjähriger Bundesanleihen stieg im Jahresverlauf zwar auch temporär, sank jedoch zum 31. Dezember 2018 im Vergleich zum Vorjahresultimo um 0,19 %-Punkte auf 0,24 %. Dabei profitierten die Bundesanleihen auch von ihrem Status als „sicherer Hafen“ vor dem Hintergrund des „Brexit“ und der Situation in Italien. Im Vergleich dazu stieg die Rendite zehnjähriger italienischer Staatsanleihen um 0,73 %-Punkte auf 2,74 %.

An den Aktienmärkten zeigten sich – nach neuen historischen Höchstständen noch zu Beginn des Jahres – insbesondere im vierten Quartal deutliche Kursverluste. So verlor der DAX 30 im Vergleich zum 31. Dezember 2017 18,3 % an Wert. Auch die europäischen Aktienmärkte – repräsentiert durch den EuroStoxx50 – verzeichneten einen Wertverlust von 14,3 %.

Entwicklung der deutschen Versicherungswirtschaft

Die Versicherungswirtschaft gehört nach wie vor zu den wichtigsten Branchen der deutschen Volkswirtschaft. Neben dem Umsatz, dem Beitrag zum Steueraufkommen und der hohen Anzahl von Erwerbstätigen in der Branche sind es vor allem die zentralen Funktionen der Versicherer, ohne die eine moderne Wirtschaft und Gesellschaft heutzutage nicht mehr denkbar wären. Die deutschen Versicherer leisten einen wesentlichen Beitrag für die soziale Sicherung der privaten Haushalte und ermöglichen durch die Übernahme von Risiken der Unternehmen wirtschaftliche Aktivitäten und Innovationen und damit ein höheres Niveau an

Wohlstand und Beschäftigung. Die Erfahrung in der Risikobewertung kann zu besseren Entscheidungen im Umgang mit Risiken führen. Durch die schnelle Bereitstellung finanzieller Mittel vor allem nach großen Schadenfällen, wie bei Naturkatastrophen, erfüllt die Versicherungswirtschaft eine wichtige gesamtwirtschaftliche Stabilisierungsfunktion.

Die Branche gehört mit Kapitalanlagen von mehr als 1,5 Billionen EUR zu den größten institutionellen Anlegern in Deutschland. Durch die sehr langfristige Ausrichtung in der Kapitalanlage sind die Versicherer ein Stabilitätsanker auf den Finanzmärkten – Märkte, die aufgrund der steigenden globalen Vernetzung immer volatiler werden.

Das Umfeld der deutschen Versicherungswirtschaft befindet sich massiv im Umbruch. Themen, wie die Digitalisierung, das weiter anhaltende Niedrigzinsumfeld, umfangreiche Regulierungsreformen, neue Risikolandschaften bedingt durch den demografischen Wandel und die Veränderung des Klimas beeinflussen den Wettbewerb und die Innovationsdynamik der Branche stark. Die etablierten Versicherer müssen sich den neuen Trends anpassen, um weiterhin am Markt erfolgreich zu sein, gerade auch vor dem Hintergrund einer veränderten Wettbewerbslandschaft. Weiterhin ist die Branche durch einen gesättigten Markt und ein stagnierendes Wachstum belastet.

Laut dem Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) ergab sich für das Jahr 2018 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum ein Wachstum der Beitragseinnahmen in Höhe von 2,1 % auf 202,2 Mrd. EUR. Alle Sparten verzeichneten ein leichtes Wachstum. Die Beiträge der Schaden- und Unfallversicherung wuchsen um 3,3 % auf 70,6 Mrd. EUR. Die Lebensversicherung im weiteren Sinne, mit Pensionskassen und Pensionsfonds, verzeichnete einen Zuwachs um 1,4 % auf 91,9 Mrd. EUR, der hauptsächlich durch einen Anstieg der Einmalbeiträge in der Lebensversicherung um 8,0 % getragen wurde. Die Beitragseinnahmen der privaten Krankenversicherung wuchsen um 1,7 % auf 39,7 Mrd. EUR.

Schaden- und Unfallversicherung im Markt

Die im Inland erzielten Beitragseinnahmen der Schaden- und Unfallversicherer wuchsen nach Angaben des GDV um 3,3 % auf 70,6 Mrd. EUR.

Die Allgemeine Unfallversicherung wies einen Beitragsanstieg von 1,0 % auf rund 6,5 Mrd. EUR aus. Die Anzahl der Verträge ging – wie bereits im Vorjahr – leicht um 0,5 % zurück und lag 2018 bei 25,3 Mio. Verträgen.

In der Kraftfahrtversicherung setzte sich die Tendenz der Vorjahre fort; die Beitragseinnahmen stiegen 2018 um 3,4 % auf 27,9 Mrd. EUR an. Die Anzahl der Verträge erhöhte sich über alle Vertragsarten um rund 1,8 % auf insgesamt 118,6 Mio. Verträge.

In der Sachversicherung nahmen die Beitragseinnahmen um 5,0 % (private Sach) bzw. 3,6 % (gewerbliche Sach) auf insgesamt 20,3 Mrd. EUR zu.

Ein Anstieg der Beiträge um 2,0 % auf rund 7,9 Mrd. EUR war in der Allgemeinen Haftpflichtversicherung zu verzeichnen.

In der Rechtsschutzversicherung stiegen die Beiträge um 4,0 % auf 4,1 Mrd. EUR.

Die Aufwendungen für Versicherungsfälle des Geschäftsjahres in der Schaden- und Unfallversicherung stiegen 2018 auf 52,7 Mrd. EUR (+5,2 %).

In der Allgemeinen Unfallversicherung war ein Anstieg der Leistungen um 0,5 % zu verzeichnen. Die Schaden-Kostenquote (brutto) verbleibt bei rund 81,0 %.

In der Kraftfahrtversicherung stiegen die Aufwendungen für Schäden um 1,0 % auf 23,9 Mrd. EUR.

Die Aufwendungen für Schäden in der Sachversicherung stiegen um 16,7 % auf 15,3 Mrd. EUR. Die Schaden-Kostenquote (brutto) steigt von 92,0 auf 101,0 %. Den verhältnismäßig größten Anteil an dieser Entwicklung trägt der Sturm „Friederike“ aus Januar 2018. Wei-

ter haben mehrere Großschäden (ein Rückwirkungs-schaden und Feuerschäden) zu diesem Anstieg geführt.

In der Allgemeinen Haftpflichtversicherung stieg der Aufwand für Schäden im Vergleich zum Vorjahr um 0,5 % auf 5,2 Mrd. EUR.

In der Rechtsschutzversicherung war ein Anstieg der Leistungen um 2,5 % auf 2,8 Mrd. EUR zu verzeichnen. Die Schaden-Kostenquote (brutto) sank geringfügig auf rund 97,0 %.

Für 2018 kann in der Schaden- und Unfallversicherung zwar mit einem spürbaren Anstieg der Beitragseinnahmen um 3,3 % gerechnet werden, aufgrund der sturm- und großschadenbedingten Entwicklung ist jedoch mit einer noch kräftigeren Zunahme des Schadenaufwands von 5,2 % auszugehen. Es wird mit einem deutlich reduzierten versicherungstechnischen Gewinn von rund 3,4 Mrd. EUR gerechnet (Vorjahr: 4,5 Mrd. EUR). Die Schaden-Kostenquote (brutto) wird voraussichtlich 95,0 % betragen (Vorjahr: 93,2 %).

II. Geschäftsverlauf

Neu- und Erhöhungsgeschäft, Beitragseinnahmen sowie Bestandsentwicklung

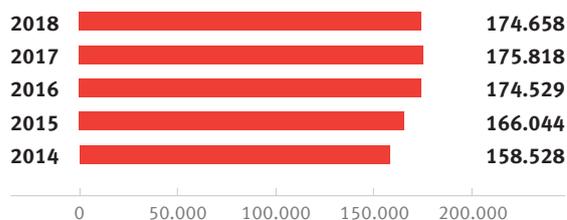
Im Geschäftsjahr 2018 hat sich das Neu- und Erhöhungsgeschäft gegenüber dem Vorjahr um 82 TEUR leicht auf 12.459 TEUR erhöht (Vorjahr 12.377 TEUR).

In einem nach wie vor durch einen hohen Grad der Marktdurchdringung und intensiven Preiswettbewerb gekennzeichneten Rechtsschutzmarkt ist die Anzahl der Versicherungsverträge von 1.200.354 im Vorjahr um 3,5 % auf 1.158.062 zurückgegangen.

Vor dem Hintergrund unseres Profitabilisierungsprogramms sind die Brutto-Beitragseinnahmen leicht um 0,7 % auf 174.658 TEUR zurückgegangen (Vorjahr +0,7 %). Rückversicherungsbeiträge fielen nicht an.

Gebuchte Bruttobeiträge 2014 – 2018

in TEUR



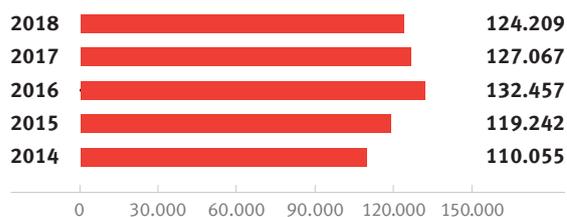
Aufwendungen für Versicherungsfälle

Im Jahr 2018 wurden inklusive der telefonischen Rechtsberatung sowie der Online-Rechtsberatung 195.662 Schäden gemeldet. Gegenüber dem Vorjahr mit 201.622 Schäden hat sich die Anzahl der Schadenmeldungen um 3,0 % verringert.

Die Brutto-Schadenzahlungen einschließlich der Schadenregulierungskosten betragen 124.209 TEUR und liegen damit gegenüber dem Vorjahr um 2.859 TEUR deutlich niedriger. Hintergrund ist auch hier das laufende Profitabilisierungsprogramm.

Schadenzahlungen 2014 – 2018

in TEUR



Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle hat sich um 6.594 TEUR erhöht (Vorjahr 5.983 TEUR) und beträgt jetzt 284.124 TEUR (Vorjahr 277.530 TEUR).

Insgesamt betragen die Aufwendungen für Versicherungsfälle 130.803 TEUR (Vorjahr 133.050 TEUR). Die bilanzielle Schadenquote verringerte sich um 1,2 %-Punkte auf 74,5 % (Vorjahr 75,7 %).

Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb

Die auf die verdienten Brutto-Beiträge bezogene Kostenquote beläuft sich auf 29,8 % und ist damit gegenüber dem Vorjahr um 1,0 %-Punkte gestiegen (Vorjahr 28,8 %). Die absoluten Aufwendungen liegen mit 52.289 TEUR um 1.599 TEUR über dem Vorjahresbetrag von 50.690 TEUR. Zurückzuführen ist dies auf einen Anstieg der Provisionsaufwendungen, dem im Vorjahr ein mit einem Einmaleffekt verbundener entsprechend hoher Rückgang gegenübersteht.

Versicherungstechnisches Ergebnis

Das versicherungstechnische Ergebnis für eigene Rechnung beträgt zusammenfassend -7.217 TEUR (Vorjahr -7.789 TEUR) und hat sich damit gegenüber dem Vorjahr um 572 TEUR verbessert.

Kapitalanlagen

Im Geschäftsjahr 2018 hat sich der Kapitalanlagebestand von 383.896 TEUR um 19.803 TEUR auf 403.699 TEUR deutlich erhöht. Allerdings haben sich die Guthaben bei Kreditinstituten von 18.658 TEUR um 14.400 TEUR auf 4.258 TEUR deutlich verringert.

Die Kapitalanlagen gliedern sich wie folgt:

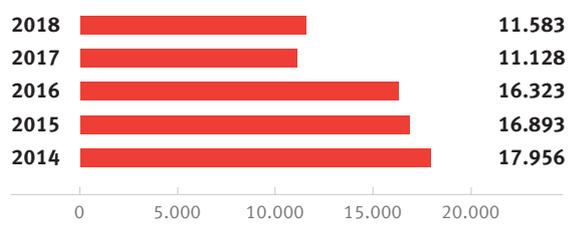
Bestand der Kapitalanlagen

	2018 TEUR	2017 TEUR
Grundbesitz	6.583	6.837
Anteile an verbundenen Unternehmen	50	50
Ausleihungen an verbundene Unternehmen	109	176
Nicht festverzinsliche Wertpapiere	120.504	120.504
Festverzinsliche Wertpapiere	83.130	60.671
Namenschuldverschreibungen	142.708	147.840
Schuldscheinforderungen/Darlehen	41.799	47.802
Einlagen bei Kreditinstituten	8.800	0
Andere Kapitalanlagen	16	16
Gesamt	403.699	383.896

Das Kapitalanlageergebnis für das Jahr 2018 fällt mit 11.583 TEUR um 455 TEUR höher aus als im Vorjahr mit 11.128 TEUR. Es beinhaltet Erträge aus Wertpapier-Sondervermögen von 3.363 TEUR (Vorjahr 3.345 TEUR). Die laufende Durchschnittsverzinsung liegt mit 2,9 % exakt auf dem Vorjahreswert. Die Nettoverzinsung liegt mit ebenfalls 2,9 % ebenso unverändert auf dem Vorjahreswert.

Kapitalanlageergebnis 2014 – 2018

in Mio. EUR



Gesamtergebnis

Das positive Ergebnis aus dem nichtversicherungstechnischen Geschäft in Höhe von 8.795 TEUR (Vorjahr 9.874 TEUR) führt insgesamt zu einem Überschuss aus der normalen Geschäftstätigkeit von 1.577 TEUR (Vorjahr 2.085 TEUR). Nach Abzug der Steuern verbleibt ein Jahresüberschuss in Höhe von 514 TEUR (Vorjahr 1.758 TEUR). Das Ergebnis liegt damit im Rahmen unserer Erwartungen.

Vergleich der Prognose mit der tatsächlichen Entwicklung

Vor dem Hintergrund unseres Profitabilisierungsprogramms erwarteten wir hinsichtlich der verdienten Beiträge für eigene Rechnung gegenüber dem Vorjahr einen leichten Rückgang. Der Rückgang ist mit 91 TEUR sehr moderat ausgefallen.

Die Aufwendungen für Versicherungsfälle sind wie prognostiziert rückläufig. Allerdings ist die Entwicklung ausschließlich auf die Schadenzahlungen zurückzuführen, die gegenüber dem Vorjahr um 2.858 TEUR niedriger liegen. Dagegen liegt die Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versiche-

rungsfälle mit 6.594 TEUR etwa auf dem Vorjahresniveau (Vorjahr 5.983 TEUR), was auch auf die Veränderung unseres Schadenreservierungssystems zurückzuführen ist. Im Ergebnis führt dies nicht zu der prognostizierten Zuführung zur Schwankungsrückstellung.

Die Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb sind wie erwartet gegenüber dem Vorjahr deutlich auf 52.289 TEUR angestiegen (Vorjahr 50.690 TEUR). Ohne den positiven Einmaleffekt im Vorjahr sind die Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb im Geschäftsjahr etwa unverändert.

Das Kapitalanlageergebnis haben wir gegenüber dem Vorjahr etwa unverändert erwartet. Tatsächlich liegt es gegenüber dem Vorjahr mit 11.583 TEUR um 455 TEUR höher. Das sonstige Ergebnis, das wir ebenfalls in etwa unverändert erwartet haben, liegt deutlich unter dem Ergebnis des Vorjahres. Dies ist insbesondere auf geringere Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen sowie auf ungeplante Beraterkosten zurückzuführen.

Im Ergebnis liegt der Jahresüberschuss entsprechend der Prognose mit 514 TEUR deutlich unter dem Jahresüberschuss des Vorjahres (Vorjahr 1.758 TEUR). Dennoch ist der Jahresüberschuss aufgrund unseres Profitabilisierungsprogramms als zufriedenstellend zu werten.

Vermögenslage

Zur Stärkung der Eigenmittel im Hinblick auf die gestiegenen aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Kapitalausstattung nach Solvency II bestehen zwischen der DEURAG und der SIGNAL IDUNA Allgemeine Versicherung AG, Dortmund, zwei Schuldscheindarlehen mit Nachrangvereinbarung über jeweils 10.000 TEUR. Die Nominalverzinsung der Darlehen beläuft sich auf 3,81 % p.a. bzw. 3,785 % p.a.

Die Hauptversammlung vom 9. Mai 2018 hat dem Gewinnverwendungsvorschlag von Vorstand und Aufsichtsrat für das Geschäftsjahr 2017 zugestimmt und damit verbunden 1.800 TEUR den Gewinnrücklagen

zugeführt. Die Eigenkapitalquote der DEURAG (bezogen auf die Bilanzsumme) ist leicht von 14,9 % um 0,1 %-Punkte auf 14,8 % gefallen.

Erklärung zur Unternehmensführung

Der Vorstand der DEURAG legte am 30. November 2017 eine Zielgröße für den Frauenanteil in der Führungsebene unterhalb des Vorstandes fest. Eine zweite Führungsebene, welche gemäß dem Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in Führungspositionen in Betracht kommen könnte, besteht nicht. Die Zielgröße beläuft sich auf drei Führungspositionen und lag bei ihrer Festlegung über 30 %. Sie wurde im abgelaufenen Jahr eingehalten.

III. Abhängigkeitsbericht

Die SIGNAL IDUNA Allgemeine Versicherung AG, Dortmund, hält 100 % der Anteile unseres Unternehmens.

Die DEURAG hält einen Anteil von 100 % an der ITC Consult GmbH, Wiesbaden. Zwischen beiden Gesellschaften besteht ein Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag.

Die DEURAG hält ebenfalls einen Anteil von 100 % an der RSS Rechtsschutz-Service GmbH, Wiesbaden. Zwischen beiden Gesellschaften besteht ein Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag.

Der Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen nach § 312 AktG schließt mit der folgenden Erklärung:

„Unsere Gesellschaft erhielt bei jedem der im Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgeführten Rechtsgeschäfte eine angemessene Gegenleistung. Maßnahmen auf Veranlassung oder im Interesse eines der herrschenden Unternehmen oder der mit ihnen verbundenen Unternehmen wurden weder getroffen noch unterlassen. Dieser Beurteilung liegen die Umstände zugrunde, die uns zum Zeitpunkt der berichtspflichtigen Vorgänge bekannt waren.“

IV. Risiko- und Chancenbericht

Nach § 289 Abs. 1 Satz 4 HGB ist das Unternehmen verpflichtet, über Risiken und Chancen der zukünftigen Entwicklung zu berichten. Die nach § 91 Abs. 2 AktG sowie darüber hinaus die nach § 26 VAG geforderten Maßnahmen zur Einrichtung eines Überwachungs- bzw. Risikomanagementsystems wurden getroffen. Als Risiken und Chancen werden negative bzw. positive Abweichungen von den Zielerwartungen mit entsprechender Implikation auf die wirtschaftliche Lage des Unternehmens definiert. Die für das Unternehmen relevanten Risiken und Chancen werden im Folgenden näher beschrieben.

Ziele des Risikomanagements

Das Ziel unseres Risikomanagements ist die langfristige Existenzsicherung des Unternehmens und eine damit verbundene ausreichende Eigenmittelausstattung. Um dies zu gewährleisten, gehen wir nur Risiken ein, die wir inhaltlich verstehen, die wir mit angemessenen Methoden bewerten können und für deren operative Steuerung wir über die erforderlichen qualitativen und quantitativen Ressourcen verfügen.

Im Rahmen unserer wert- und risikoorientierten Steuerung ist das bei uns implementierte Risikomanagementsystem darauf ausgerichtet, die Ertragskraft der DEURAG zu sichern und ihren Wert nachhaltig zu steigern. Das Risikomanagementsystem ist integraler Bestandteil aller wesentlichen Steuerungsprozesse.

Geschäftsstrategie und Risikostrategie

Die Geschäftsstrategie bestimmt die geschäftspolitische Ausrichtung, die Zielsetzungen und die Planung der DEURAG.

Aus der Geschäftsstrategie leiten wir konsistent unsere Risikostrategie ab. Diese beschreibt die sich aus der Geschäftsstrategie ergebenden Risiken bezüglich ihres Einflusses auf die Finanz- und Ertragslage des Unternehmens und den Umgang mit den Risiken einschließlich Steuerung und Überwachung.

Organisation des Risikomanagementsystems

Die DEURAG ist ein Unternehmen der SIGNAL IDUNA Gruppe. Innerhalb der Gruppe ist ein konsistentes Risikomanagementsystem implementiert, das in einer Risikomanagement-Leitlinie geregelt und dokumentiert ist.

Der Gesamtvorstand der DEURAG trägt die Verantwortung für die angemessene und wirksame Ausgestaltung des Risikomanagementsystems. Er legt die Geschäftsstrategie und die daraus abgeleiteten strategischen Zielsetzungen fest. Der Vorstand trägt ferner die Verantwortung für die aus der Geschäftsstrategie konsistent abgeleitete Risikostrategie.

Die Risikomanagementfunktion deckt die „Unabhängige Risikocontrollingfunktion“ nach § 26 Abs. 8 VAG ab. Sie ist gegenüber dem Gesamtvorstand berichtspflichtig. Die Risikomanagementfunktion trägt keine Verantwortung für Entscheidungen über das Eingehen von Risiken oder den Einsatz der Risikosteuerungsmaßnahmen. Die Aufgabe der Risikokontrolle und der Risikosteuerung sind voneinander getrennt. Durch diese Trennung wird sichergestellt, dass keine Interessenkonflikte entstehen (Funktionstrennungsprinzip). Die Risikomanagementfunktion ist in die Prozesse des Ertragsmanagements eingebunden, sodass frühzeitig eine Risiko-Chancen-Betrachtung erfolgt.

Das Management einzelner Risiken und deren Steuerung liegen in der Verantwortung der Risikomanager in den Fachbereichen. Wesentliche Aufgabe der Risikomanager ist die Identifikation der Risiken ihres Verantwortungsbereichs, deren Bewertung und Steuerung sowie die operative Überwachung der Risiken. Die Risikomanager führen pro Quartal Risikoinventuren durch. Die Risikodaten und die eingesetzten Steuerungsmaßnahmen werden in einer zentralen Risikodatenbank dokumentiert.

Wesentliche Elemente des Risikomanagementsystems

Die Risikokultur des Unternehmens fördert durch eine offene Kommunikation und einen kritischen Dialog das

Bewusstsein für das Vorhandensein von Risiken und den offenen Umgang mit diesen.

Ein wesentliches Element des Risikomanagementsystems ist der Risikomanagementprozess, der sich aus der Risikoidentifikation, der Risikoanalyse und -bewertung, der Risikosteuerung und -überwachung sowie der Risikoberichterstattung zusammensetzt.

Zur Risikoidentifikation werden quartalsweise Risikoinventuren durchgeführt. Dies soll gewährleisten, dass alle wesentlichen Risiken durch eine systematische Risikoanalyse erfasst werden. Das Ergebnis der Risikoidentifikation ist das Risikoinventar. Ferner wird eine jährliche Emerging Risk Inventur durchgeführt.

Im Rahmen der Risikoinventuren erfolgt für alle Einzelrisiken eine Risikoanalyse und -bewertung. Die Bewertung erfolgt durch eine Expertenschätzung hinsichtlich der Eintrittswahrscheinlichkeit und des monetären Schadensvolumens unter Berücksichtigung aller bestehenden Steuerungs- und Kontrollmaßnahmen (Netto-Bewertung). Der Betrachtungshorizont ist ein Jahr. Für die Schätzung des Schadensvolumens erfolgt z. B. eine Angabe der mindestens und maximal zu erwartenden Schadenhöhe. Darüber hinaus werden die Risiken durch die Berechnung der aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderung sowie mit Hilfe unseres Modells zur unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung (ORSA) quantitativ bewertet. In diesem ORSA-Prozess erfolgt zusätzlich eine Analyse der Veränderung des Risikoprofils und der Kapitalanforderung über den Planungszeitraum.

Gegenstand der Risikosteuerung ist die aktive Beeinflussung der im Rahmen der Risikoidentifikation und Risikoanalyse ermittelten Risikoposition. Die Risikosteuerungs- und Risikokontrollmaßnahmen müssen in Einklang mit den Unternehmenszielen und den daraus abgeleiteten Zielen des Risikomanagements stehen. Die Risikosteuerung liegt in der Verantwortung der Risikomanager in den Fachbereichen.

Die Risikoüberwachung wird durch das Risikotragfähigkeitskonzept, das daraus abgeleitete Limitsystem, das den Risikoappetit des Unternehmens berücksichtigt, und ein differenziertes Kennzahlensystem unterstützt. Diese Instrumente werden stetig weiterentwickelt.

Die von der Risikosteuerung unabhängige Risikokontrolle wird von der Risikomanagementfunktion wahrgenommen. Sie fördert die Umsetzung des Risikomanagementsystems und ist für die operative Durchführung zuständig. Zu ihren wesentlichen Aufgaben gehören u. a.:

- die Unterstützung des Vorstandes und anderer Funktionen bei der effektiven Handhabung des Risikomanagementsystems,
- die Überwachung des Risikomanagementsystems und des Gesamtrisikoprofils des Unternehmens,
- die Identifikation, Bewertung und Analyse von Risiken, die Überwachung der Maßnahmen zur Risikobegrenzung sowie
- die Berichterstattung über Risikoexponierungen.

Die Risikokontrollfunktion ist ferner zuständig für die Koordination der Berechnung der Solvabilitätskapitalanforderung nach Solvency II (Säule 1 Berechnungen), die Koordination und Durchführung der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung (ORSA) und die Erstellung der Berichte hierzu.

Durch eine quartalsweise Berichterstattung der Risikomanagementfunktion an den Vorstand wird für umfassende Transparenz der Risikolage gesorgt. Bei Überschreitung von definierten Limits im Frühwarnsystem oder der erstmaligen Feststellung von Risiken erfolgt eine Sofortberichterstattung an den Gesamtvorstand. Die Berichterstattung zu den Kapitalanlage Risiken ist Gegenstand einer bestehenden Funktionsausgliederung.

Innerhalb des Risikomanagements werden auch Planungs- und Überwachungssysteme eingesetzt, die die Verfolgung von Ziel-/Ist-Abweichungen ermöglichen. Die Überwachungssysteme und -prozesse werden kontinuierlich weiterentwickelt, um die Funktionsfähigkeit

sicherzustellen. Die Angemessenheit und die Wirksamkeit des Risikomanagementsystems werden fortlaufend durch die Risikomanagementfunktion überwacht. Das Risikomanagementsystem ist zudem jährlicher Prüfungsschwerpunkt der Internen Revision.

Zu den einzelnen Risikokategorien

Versicherungstechnisches Risiko

Für die DEURAG sind folgende versicherungstechnischen Risiken von zentraler Bedeutung, die nach Materialität gemäß der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung absteigend geordnet sind:

- das Prämienrisiko,
- das Reserverisiko,
- das Stornorisiko und
- das Forderungsausfallrisiko.

Das **Prämienrisiko** bezeichnet das Risiko eines Verlustes oder einer nachteiligen Veränderung des Werts der Versicherungsverbindlichkeiten, das sich aus Schwankungen in Bezug auf das Eintreten, die Häufigkeit und die Schwere der zukünftigen versicherten Ereignisse ergibt. Das Prämienrisiko wird durch eine Beitragsanpassungsklausel, die Grundlage einer möglichen Anpassung der Prämie an die Schadenentwicklung ist, reduziert. Nahezu der gesamte Vertragsbestand hat eine Beitragsanpassungsklausel vereinbart. Dem Prämienrisiko begegnen wir weiterhin durch eine risikogerechte und auskömmliche Tarifierung, Selbstbeteiligungen, Sanierungen und Produktcontrolling. Ein wesentliches Steuerungselement sind zudem unsere Annahmerichtlinien. Diese beinhalten allgemeine und spezielle Grundsätze der Annahmepolitik. Die Annahmerichtlinien werden jährlich überprüft und gegebenenfalls aktualisiert. Unsere allgemeinen Rechtsschutzbedingungen beinhalten Risikoausschlüsse für Fälle, die wir wegen ihres Risikopotentials nicht versichern. Die Aktualität der Risikoausschlüsse wird regelmäßig überprüft.

Das **Reserverisiko** besteht in dem Risiko eines Verlustes oder einer nachteiligen Veränderung des Werts der Versicherungsverbindlichkeiten, das sich aus

Schwankungen in Bezug auf die Abwicklung eingetretener Schäden ergibt.

In der Schadenanwendung der DEURAG ist eine Bewertungsmethodik implementiert, welche eine Reserve für jeden bekannten Schaden ausweist. Für die unbekannt Schäden wird die Bedarfsreserve jährlich aktuariell ermittelt. Die Erhöhung der Schadenrückstellung in 2018 beträgt 6,6 Mio. EUR. Die Rückstellung beläuft sich insgesamt auf 284,1 Mio. EUR, was einer Rückstellungsquote von 161,7 % entspricht.

Die Schadenmeldungen, die im Zusammenhang mit dem sog. Dieselskandal stehen, haben sich zu einem Kumulschaden entwickelt. Die Fallkonstellationen sind vielfältig und die Ansprüche der Versicherungsnehmer richten sich gegen verschiedene Anspruchsgegner und Autohersteller. In 2018 sind im Vergleich zum Vorjahr vermehrt Schadenfälle zu dieser Fallgruppe gemeldet worden. Dieser Anstieg zum Jahresende ist auf eine drohende Verjährung der Ansprüche gegenüber einem großen Autohersteller zurückzuführen. Durch die breit gefächerte Berichterstattung in den Medien und die Einführung der Musterfeststellungsklage gegen Ende des Jahres hat dieses Thema zudem vermehrt Medienpräsenz erfahren und auf das Meldeverhalten eingewirkt.

Diese Fallgruppe könnte das versicherungstechnische Ergebnis in der Zukunft belasten. Das mit den Dieselfällen verbundene Risiko könnte sich dadurch reduzieren, dass die Gerichte zugunsten der Verbraucher entscheiden. Hierin sehen wir eine Chance in Bezug auf das versicherungstechnische Risiko. Es bleibt abzuwarten, wie sich die höchstrichterliche Rechtsprechung in Einzelklagen gegen die Autohersteller und gegen die Autoverkäufer manifestiert und wie die Musterfeststellungsklagen entschieden werden. Da wir zuletzt vermehrt Entscheidungen zugunsten der Verbraucher feststellten, erwarten wir eine eher günstige Entwicklung des Risikos.

Allgemein erwarten wir in Folge der durchgeführten und in den Regelbetrieb implementierten Sanierungsmaßnahmen positive Auswirkungen auf die Schadenentwicklung – insbesondere auf die Schadenhäufigkeit – und damit auf das versicherungstechnische Risiko.

Das **Stornorisiko** bezeichnet das Risiko eines Verlustes oder einer nachteiligen Veränderung des Werts der Versicherungsverbindlichkeiten, das sich aus Veränderungen in der Höhe oder in der Volatilität der Storno-, Unterbrechungs- und Verlängerungsraten von Versicherungspolicen ergibt.

Die Überwachung des Stornorisikos erfolgt durch das laufende Bestandscontrolling.

Bezüglich des **Forderungsausfallrisikos** von Forderungen gegenüber Versicherungsnehmern haben wir durch die Bildung von Wertberichtigungen auf den Forderungsbestand Vorsorge getroffen. Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden zum Bilanzstichtag 24,6 % (Vorjahr 18,9 %) der aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft resultierenden Forderungen pauschal wertberichtigt. Der Anteil der ausstehenden Forderungen (ohne Versicherungssteuer), deren Fälligkeitszeitpunkt am Bilanzstichtag mehr als 90 Tage zurück liegt, beläuft sich auf ca. 2.755 TEUR. Die durchschnittliche Ausfallquote der letzten drei Geschäftsjahre beträgt (bezogen auf die gebuchten Bruttobeiträge) 0,56 %.

Die Schadenquoten und Abwicklungsergebnisse für eigene Rechnung entwickelten sich in den letzten Jahren wie folgt:

	2014	2015	2016	2017	2018
Bilanzielle Schadenquote in % *	78,9	74,4	77,4	75,7	74,5
Abwicklungsquote in % **	-1,4	4,3	0,0	-3,7	-10,4
	2009	2010	2011	2012	2013
Bilanzielle Schadenquote in % *	73,4	72,1	72,4	71,9	68,5
Abwicklungsquote in % **	-0,8	-2,9	0,9	3,2	5,6

* Nettoschadenaufwendungen in % der verdienten Nettobeiträge

** Nettoabwicklungsergebnis in % der Nettoschadenrückstellung des Vorjahres

Marktrisiken

Das **Marktrisiko** bezeichnet das Risiko, das sich direkt oder indirekt aus Schwankungen in der Höhe bzw. in der Volatilität der Marktpreise für die Vermögenswerte, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumente ergibt. Es umfasst im Wesentlichen das Verlustrisiko aufgrund von nachteiligen Änderungen von Aktienkursen, Zinsen, Währungskursen, Kreditspreads sowie von Zeitwerten bei Beteiligungen und Immobilien. Zusätzlich zählt die Marktrisikokonzentration zu den wesentlichen Risiken.

Das **Aktienrisiko** bezeichnet das Risiko von Verlusten aus der Sensitivität der Werte von Vermögen, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumenten in Bezug auf Veränderungen in der Höhe oder bei der Volatilität der Marktpreise von Aktien.

Das **Zinsrisiko** bezeichnet das Risiko von Verlusten aus der Sensitivität der Werte von Vermögen, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumenten in Bezug auf Veränderungen in der risikofreien Zinsstrukturkurve oder in Bezug auf die Volatilität der Zinssätze. Das Zinsrisiko besteht für alle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, deren Marktwert auf eine Änderung der Zinskurve reagiert.

Neben Marktwertverlusten durch einen Zinsanstieg ergibt sich das Risiko auch daraus, dass bei der Neuanlage in Niedrigzinsphasen Zinserträge ggf. nicht mehr ausreichen, um passivseitige Anforderungen zu erfüllen.

Chancen ergeben sich hierbei insbesondere aus einer die Prognose übersteigenden positiven Entwicklung der Aktienmärkte sowie aus weiter moderat steigenden Zinsen.

Für die Überwachung der Marktrisiken von Aktien und Zinsträgern werden Sensitivitätsanalysen und Stresstests eingesetzt, welche die Wertveränderung unseres Portfolios in Abhängigkeit zu Marktschwankungen aufzeigen. Hierbei werden u. a. folgende Stressannahmen gesetzt:

- für unsere Aktienbestände Indexschwankungen von +/- 10 % bzw. +/- 20 %

AKTIENÄNDERUNGEN	MARKTVERÄNDERUNGEN AKTIEN
Anstieg um 20 %	4,9 Mio. EUR
Anstieg um 10 %	2,5 Mio. EUR
Rückgang um 10 %	-2,5 Mio. EUR
Rückgang um 20 %	-4,9 Mio. EUR

Die Aktienquote nach Buch- bzw. Anschaffungswerten beträgt zum 31. Dezember 2018 unter Berücksichtigung von Absicherungsgeschäften 3,1 %.

- für unsere Rentenpapiere Veränderungen der Zinsstrukturkurve um +/- 100 Basispunkte bzw. +/- 50 Basispunkte

ZINSÄNDERUNG	MARKTVERÄNDERUNGEN ZINSTRÄGER
+ 100 Basispunkte	-18,6 Mio. EUR
+ 50 Basispunkte	-9,3 Mio. EUR
- 50 Basispunkte	9,3 Mio. EUR
- 100 Basispunkte	18,6 Mio. EUR

Das **Immobilienrisiko** bezeichnet das Risiko von Verlusten aus der Sensitivität der Werte von Vermögen, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumenten in Bezug auf Veränderungen in der Höhe oder bei der Volatilität der Marktpreise von Immobilien.

Immobilienrisiken werden über Anlegerausschüsse und -richtlinien sowie die laufende Überwachung der Objekte durch das Portfolio- und Risikomanagement und deren Bewertung durch neutrale Gutachter kontrolliert.

Die Immobilienquote nach Buch- bzw. Anschaffungswerten beträgt zum 31. Dezember 2018 3,4 %.

Das **Währungsrisiko** bezeichnet das Risiko von Verlusten aus der Sensitivität der Werte von Vermögen, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumenten in Bezug auf Veränderungen in der Höhe oder bei der Volatilität der

Wechselkurse. Währungsrisiken ergeben sich zum Beispiel aus der Aufwertung der Inlandswährung bzw. Abwertung der Auslandswährung im Hinblick auf Anlagen, die in Auslandswährungen gehalten werden. Eine Realisierung des Risikos ergibt sich in diesem Fall unter anderem, falls die entsprechende Kapitalanlage veräußert wird oder werden muss oder im Falle der Bilanzierung nach dem strengen Niederstwertprinzip. Das Währungsrisiko wird anhand des Fremdwährungs-exposures nach Absicherung gemessen.

Per 31.12.2018 betrug das Netto-Fremdwährungs-exposure 0,3 % nach Buch- bzw. Anschaffungswerten.

Chancen ergeben sich aus nicht erwarteten Währungsaufwertungen.

Ein weiterer Bestandteil des Marktrisikos ist das **Spreadrisiko**. Das Spreadrisiko bezeichnet das Risiko von Verlusten aus der Sensitivität der Werte von Vermögen, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumenten in Bezug auf Veränderungen in der Höhe oder in der Volatilität der Kreditspreads über der risikofreien Zinskurve. Im Rahmen des Spreadrisikos werden die Auswirkungen der Änderungen von Kreditspreads gegenüber dem risikolosen Zins auf den Marktwert von Kapitalanlagen unter Kreditrisikoaspekten analysiert. Die Veränderung der Kreditspreads resultiert aus Bonitätsänderungen der Schuldner sowie Veränderungen der Liquidität und somit der Handelbarkeit der Kapitalanlage. Das Risiko besteht im Werteverfall eines Kredits bzw. in der Möglichkeit, dass sich Verluste in Form von Kreditausfällen oder Ertragsausfällen ergeben.

Das Spreadrisiko wird im Rahmen der regelmäßigen Bewertung der Zinsträger beobachtet und bewertet.

Im Rahmen des implementierten Kreditprozesses erfolgt eine regelmäßige Überwachung der Kreditengagements. Das Emittentenuniversum basiert auf einem internen Scoring-Prozess und definierten Limiten je Emittent. Neue Kreditsegmente und nicht alltägliche Anlagen durchlaufen einen standardisierten Prüfungsprozess.

Die Anlage erfolgt auf Basis des vom Vorstand verabschiedeten internen Anlagekatalogs und unter Berücksichtigung der unternehmensindividuellen Risikotragfähigkeit.

Darüber hinaus bestehen für den Einsatz von speziellen Finanzinstrumenten wie beispielsweise Kreditderivate oder strukturierte Produkte innerbetriebliche Richtlinien.

Den Schwerpunkt der Neuanlage in Zinsträger im Direktbestand bildeten Anlagen bei Kreditinstituten guter Bonität.

Zwecks Diversifizierung der Geldmarktstrategie vor dem Hintergrund von Negativzinsen für Fest- und Tagesgelder wurden verstärkt kurzlaufende Unternehmensanleihen (Commercial Paper) mit einer Laufzeit von max. sechs Monaten erworben.

Die im Folgenden genannten Quoten wurden auf Basis der Buch- bzw. Anschaffungswerte ermittelt.

Das Bankenexposure bildet mit 67,4 % der Kapitalanlagen weiterhin den Schwerpunkt im Portfolio, wobei hiervon 25,8 % Pfandbriefe sind. Daneben bestehen 63,0 % des Exposures aus erstrangigen Anlagen bei Banken und 4,8 % aus Nachrangtiteln. Die übrigen 6,4 % sind Aktien, Festgelder und andere Anlagen.

Die Gesellschaft ist mit 10,7 % in Staatsanleihen exklusive Bund und Länder investiert. Zu den Top-Emittenten gehören Italien mit 2,9 %, Spanien mit 2,6 % und Polen mit 1,7 %. Aufgrund der politischen Unsicherheiten in Italien wurde der Anteil italienischer Staatsanleihen im Jahresverlauf um 1,3 %-Punkte reduziert.

Der Anteil der Anlagen bei Unternehmen außerhalb des Bankensektors beträgt 12,5 %, davon sind 49,5 % Zinsträger und 50,5 % Aktien bzw. Beteiligungen.

Die nach den massiven Ratingverschlechterungen im Zuge der Kreditkrise mittlerweile eingetretene Erholung

setzt sich fort. Der Erhalt einer guten Kreditqualität im Bestand steht auch weiterhin im Fokus der Neuanlage. So blieb das Durchschnittsrating im Bestand der Zinsträger im Jahresverlauf konstant und beträgt zum 31. Dezember 2018 weiterhin A+.

Der Bestand weist folgende Ratingstruktur auf:

	RATINGKLASSE	ANTEIL
Investment Grade	AAA	17,5 %
	AA	16,6 %
	A	37,7 %
	BBB	24,9 %
Non Investment Grade	BB–B	0,9 %
	CCC–D	0,0 %
ohne Rating		2,4 %

Chancen ergeben sich aus einer weiter verbesserten durchschnittlichen Kreditwürdigkeit im Emittentenuniversum sowie aus steigenden Zinsen, die auch für hoch geratete Anlagen wieder zu auskömmlichen Renditen führen würden.

Zu den Marktrisiken gehört abschließend die **Marktrisikokonzentration**. Sie beschreibt zusätzliche Risiken, die entweder durch eine mangelnde Diversifikation des Anlageportfolios oder durch eine hohe Exposition gegenüber dem Ausfallrisiko eines einzelnen Wertpapieremittenten oder einer Gruppe verbundener Emittenten bedingt sind.

Die Marktrisikokonzentration in der Kapitalanlage wird im Rahmen des Risikomanagementprozesses laufend gemessen. In diesem Zusammenhang ist beispielhaft die Schuldnerstruktur im Kreditbereich zu nennen. So machen die zehn größten Emittenten (Emittenten aus demselben Konzern zusammengefasst) im Bestand rd. 36,0 % des gesamten Kapitalanlagenbestandes der Gesellschaft aus.

Ausfallrisiken

Das Ausfallrisiko trägt möglichen Verlusten Rechnung, die sich aus einem unerwarteten Ausfall oder der Verschlechterung der Bonität von Gegen-

parteien und Schuldnern von Versicherungsunternehmen ergeben.

Das Ausfallrisiko berücksichtigt die risikomindernden Verträge wie Verbriefungen und Derivate sowie Forderungen gegenüber Vermittlern und alle sonstigen Kreditrisiken, die im Spreadrisiko nicht abgedeckt sind.

Operationelle Risiken

Das operationelle Risiko betrifft die Qualität und Effizienz der Organisation, der funktionalen Abläufe, des Personals, der Technik und der Kontrolle und beschreibt das Verlustrisiko, das sich aus der Unangemessenheit oder dem Versagen von internen Prozessen, Mitarbeitern, der Systeme oder durch externe Ereignisse ergibt. Das Rechtsrisiko ist ein Bestandteil des operationalen Risikos.

Große Bedeutung im Rahmen dieser Risikokategorie haben die **IT-Risiken**, da alle wesentlichen Geschäftsprozesse und Aufgaben des Versicherungsbetriebes durch Informationstechnik (IT) unterstützt werden. Die ITC Consult GmbH, Wiesbaden, eine 100%ige Tochtergesellschaft der DEURAG, betreibt und administriert die gesamte IT-Infrastruktur für das Unternehmen. Um IT-Risiken entgegenzuwirken, sind grundsätzlich alle technischen Einrichtungen, soweit sie interner Natur sind, redundant ausgelegt. Die gesamte IT-Technik ist auf zwei Standorte verteilt, die jeweils über eigene Anbindungen an die Außenwelt eigenständig arbeitsfähig sind. Die Rechenzentren kommunizieren miteinander, spiegeln die essentiellen Unternehmensdaten und sind wiederum redundant mit den Anwendern verbunden.

Das IT-Sicherheitskonzept der ITC Consult GmbH beschreibt die realisierte IT-Architektur und die technischen und organisatorischen Abläufe zur Gewährleistung eines sicheren Betriebes der IT. Es werden dabei die vom Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) bekannten Grundschutzwerte der Vertraulichkeit, Integrität, Authentizität und Verfügbarkeit als Prüfmaßstab verwendet. Basis des Sicherheitskonzepts ist eine IT-Sicherheitsrichtlinie, welche die Regelungen zum sicheren Betrieb von IT-Verfahren

und IT-Systemen enthält. Die Eignung der beschriebenen Vorkehrungen wird regelmäßig, z. B. im Rahmen von Notfallübungen oder Penetrationstests, überprüft und bewertet.

Darüber hinaus wirkt die ITC Consult GmbH den im Zuge der fortschreitenden Digitalisierung entstandenen neuen digitalen Bedrohungen, insbesondere Cyber-Risiken, hinreichend entgegen. Die Vertraulichkeit, Verfügbarkeit und Integrität von Daten und Informationen werden bei der Verarbeitung derselben jederzeit gewährleistet.

Um Schaden vom Unternehmen abzuwenden, werden neben den technischen Sicherheitsstandards (Stand der Technik) innerhalb der IT auch Sensibilisierungsmaßnahmen (Awareness) für die User durch den IT-Sicherheitsbeauftragten durchgeführt.

Das **Compliance-Risiko** ist das mit der Nichteinhaltung von gesetzlichen Bestimmungen, Vorschriften und regulatorischen Standards sowie weiterer wesentlicher in der Regel von Unternehmen selbst gesetzter Richtlinien und Anforderungen verbundene Risiko. Die Auswirkungen dieses Risikos umfassen finanzielle Schäden, Strafen und Bußgelder, Sanktionen der Aufsichtsbehörde, Reputationsschäden und individuelle Risiken der Organmitglieder. Die Compliance-Grundsätze der DEURAG werden im Compliance-Kodex beschrieben. Die Überwachung des Compliance-Risikos im Sinne einer Überwachung von Verletzungen rechtlicher Vorgaben und ihrer Vermeidung ist primär der Compliance-Funktion zugewiesen. Die Compliance-Funktion stellt eine der nach Solvency II geforderten vier Schlüsselfunktionen dar. Der Aufbau und der wesentliche Inhalt eines Compliance Management Systems sind in der DEURAG Compliance-Leitlinie festgelegt.

Das **Prozessrisiko** bezeichnet Risiken, die aufgrund fehlgeschlagener Prozesse direkt oder indirekt zu Verlusten führen, vor allem im Falle von Prozessen mit Kontakt zu Kunden oder Geschäftspartnern. Den Prozessrisiken wird im Rahmen des Internen Kontrollsystems begegnet. Die Prozessrisiken der einzelnen

organisatorischen Einheiten werden identifiziert und Maßnahmen zur Risikominderung werden definiert.

Rechtsrisiken bezeichnen Risiken von Verlusten aufgrund von Änderungen des durch die Rechtsprechung vorgegebenen Rahmens sowie durch Änderungen in der Gesetzgebung. Den Rechtsrisiken begegnen wir dadurch, dass sämtliche Veränderungen in den gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen, soweit diese eine erhebliche Bedeutung für unser Unternehmen haben können, einer ständigen Beobachtung unterliegen.

Das Unternehmen ist von gesetzlichen Änderungen wie z. B. der EU-Datenschutzgrundverordnung und der neuen EU-Vermittlerichtlinie (IDD, Insurance Distribution Directive) betroffen. Zur Umsetzung der damit verbundenen neuen rechtlichen Vorgaben wurden Projekte aufgelegt, die alle notwendigen Maßnahmen erarbeiten.

Sonstige Risiken

Unter **Liquiditätsrisiken** verstehen wir die Gefahr, unseren Zahlungsverpflichtungen nicht jederzeit nachkommen zu können. Diese werden durch den Einsatz von Finanzplanungsinstrumenten begrenzt, welche zur Abstimmung des Kapitalanlagebestandes, der laufenden Zahlungsströme und der versicherungstechnischen Verpflichtungen eingesetzt werden. Es stehen jeder Zeit ausreichende, kurzfristig liquidierbare Kapitalanlagen zur Verfügung. Aktuell sehen wir kein wesentliches Liquiditätsrisiko für die Gesellschaft.

Das **Reputationsrisiko** ist das Risiko, das sich aufgrund einer möglichen Beschädigung des Rufes des Unternehmens ergibt. Dieses Risiko kann durch eine Verschlechterung des Renommees oder des Gesamteindrucks infolge einer negativen Wahrnehmung in der Öffentlichkeit (z. B. bei Kunden, Geschäftspartnern, Aktionären, Behörden) entstehen. Ebenso wie das strategische Risiko ist das Reputationsrisiko ein Risiko, das in der Regel in Wechselwirkung mit anderen Risiken auftritt. Schäden oder Verluste realisieren sich im Blickwinkel anderer Risiken.

Die öffentliche Wahrnehmung unseres Unternehmens beobachten wir zum Beispiel mithilfe eines regelmäßig erstellten Pressespiegels, durch Vermittlerbefragungen und durch ein Social Media Monitoring. Zur Steuerung der Risiken aus einer negativen öffentlichen Darstellung betreiben wir eine zentralisierte proaktive Pressearbeit.

Beim **strategischen Risiko** handelt es sich um „negative Veränderungen im Unternehmenswert“ als Folge von strategischen Entscheidungen und deren Umsetzung. Strategische Risiken sind Risiken der Unternehmensstrategie und der strategischen Ziele.

Diese Risikokategorie weist einige Besonderheiten im Vergleich zu den anderen Risikokategorien auf. Strategische Risiken sind umfangreich, sehr komplex und miteinander vernetzt. Sie haben in der Regel Wechselbeziehungen zu anderen Risiken, wie etwa dem versicherungstechnischen Risiko. Das bedeutet, Fehler in der Strategiefindung wirken auf das versicherungstechnische Ergebnis.

Zusammenfassung der Risikolage

Derzeit sind keine Risiken erkennbar, die den Bestand des Unternehmens gefährden könnten. Es besteht eine ausreichende Bedeckung des Sicherungsvermögens. Die aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen nach Solvency II wurden im gesamten Geschäftsjahr erfüllt.

V. Ausblick

.....

Das Geschäftsjahr 2019 startete mit der erfolgreichen Ablösung des für die Marke ALLRECHT bislang eingesetzten Bestandsführungssystems und damit verbunden mit der vollständigen Migration der Bestandsdaten in das für die Marke DEURAG eingesetzte Bestandsführungssystem. Die Migration ist planmäßig und ohne nennenswerte Fehler gelaufen. Damit ist ein wichtiger Meilenstein für die Konsolidierung der Systemwelt der DEURAG geschaffen. In der Bestandsbearbeitung gibt es fortan nur noch eine einheitliche Handhabung über ein einziges System. Damit wird die angestrebte hohe Service-Excellence unterstützt, Auswertungen und Wei-

terentwicklungen sind zukünftig schneller und wirtschaftlicher umsetzbar.

Der sehr erfreuliche Abschluss des Projektes, das sich insgesamt über rund drei Jahre erstreckte, setzt Entwicklungskapazitäten in der IT und der Betriebsorganisation frei, die für weitere Prozessoptimierungen, Rationalisierungs- und Weiterentwicklungsvorhaben zur Verfügung stehen. Auf diese Weise stehen zukünftig vermehrt Kapazitäten für Innovationen und zukunftsorientierte Projekte zur Verfügung.

In Zusammenarbeit der Leistungsbearbeitung und der Mathematik wird laufend an der Effizienz des Verfahrens zur Ermittlung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle gearbeitet. Für das Geschäftsjahr 2019 ist es das Ziel, einen Status zu erreichen, der nicht nur eine fachlich angemessene und ausreichende Reservebildung sicherstellt, sondern auch ein hohes Maß an Sicherheit und Unabhängigkeit in Bezug auf mögliche volatile Schadenentwicklungen.

Im April ist der Start eines Strategie-Prozesses für die DEURAG vorgesehen, der auf den bestehenden Stärken des Unternehmens aufsetzt, aber auch auf Basis einer grundlegenden Analyse- und Konzeptionsphase eine neue Standortbestimmung für die DEURAG und deren Tochterunternehmen beinhaltet wird. Mit einer zukunftsorientierten, auf Service und Innovation ausgerichteten Strategie wird die DEURAG ihre Position im Markt weiter verbessern und nachhaltig an den gesetzten Zielen arbeiten können.

Im Geschäftsjahr 2019 liegt der vertriebliche Schwerpunkt auf Basis des in der zweiten Jahreshälfte 2018 eingeführten neuen Tarifs für Privat- und Gewerbekunden der Marke DEURAG auf dem weiteren Ausbau der Neugeschäftsproduktion im Maklermarkt. Damit soll den im Rahmen des im Geschäftsjahr 2018 durchgeführten Profitabilisierungsprogrammes folgenden Bestandsabgängen entgegengewirkt werden. Auch in 2019 wird das bereits in 2017 erfolgreich begonnene Profitabilisierungsprogramm fortgesetzt.

Für den Herbst 2019 ist die Entwicklung eines neuen Tarifes für Privat- und Gewerbekunden der Marke ALLRECHT vorgesehen. Dieser Tarif wird schwerpunktmäßig über den Exklusivvertrieb der SIGNAL IDUNA Gruppe abgesetzt.

Die neue Tarifgeneration der Marke DEURAG als auch die bevorstehende Überarbeitung des ALLRECHT-Tarifes tragen der Stärkung der Ertragskraft Rechnung.

Flankiert wird der Absatz durch die in 2018 neu konzipierte Homepage, welche durch den Einsatz von professionellen Inhalten (blog-content) die Wahrnehmung der DEURAG im Internet bereits in 2019 deutlich messbar erhöht hat. Geplant ist darüber hinaus ein Schaden-tracking-Zugang über unsere Homepage, der es unseren Kunden ermöglichen wird, online den Stand der Schadenbearbeitung abzufragen und nachzuverfolgen.

VI. Prognose

.....

Vor dem Hintergrund unseres Profitabilisierungsprogramms erwarten wir für das Geschäftsjahr 2019 hinsichtlich der verdienten Beiträge für eigene Rechnung lediglich einen leichten Rückgang sowie weiterhin deutlich rückläufige Schadenzahlungen bzw. Aufwendungen für Versicherungsfälle. Ergebnis dieser insgesamt positiven Entwicklung ist eine kräftige Zuführung zur Schwankungsrückstellung.

Nach unserer Prognose werden sich die Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb im Geschäftsjahr 2019 aufgrund höherer Provisionsaufwendungen sowie Sachkosten leicht erhöhen und zu einem moderaten Anstieg der Kostenquote führen.

Das Kapitalanlageergebnis ist im Geschäftsjahr 2019 gegenüber dem Geschäftsjahr 2018 tendenziell in gleicher Höhe anzunehmen. Das sonstige Ergebnis wird deutlich verbessert erwartet.

Im Ergebnis gehen wir von einem Jahresüberschuss leicht unter dem des Geschäftsjahres 2018 aus.

VII. Gewinnverwendungsvorschlag

EUR

Vorstand und Aufsichtsrat schlagen der Hauptversammlung vor, den Jahresüberschuss von 513.563,36 EUR zuzüglich des verbliebenen Gewinnvortrages von 24.612,39 EUR wie folgt zu verwenden:

Vorschlag zur Ergebnisverwendung

Zuführung zu den Gewinnrücklagen	500.000,00
Vortrag auf neue Rechnung	38.175,75

Jahresabschluss

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2018

Aktivseite

	EUR	EUR	EUR	2018 EUR	2017 EUR
A. Immaterielle Vermögensgegenstände					
I. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			2.961.007,00		2.457.746,00
II. Geleistete Anzahlungen			147.672,08		581.492,91
				3.108.679,08	3.039.238,91
B. Kapitalanlagen					
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken			6.583.417,41		6.836.910,41
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen					
1. Anteile an verbundenen Unternehmen		50.000,00			50.000,00
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen		109.407,61			176.303,34
			159.407,61		226.303,34
III. Sonstige Kapitalanlagen					
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		120.503.512,99			120.503.512,99
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		83.129.973,14			60.670.869,99
3. Sonstige Ausleihungen					
a) Namensschuldverschreibungen	142.707.812,58				147.840.233,62
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	41.798.492,41				47.802.302,29
		184.506.304,99			195.642.535,91
4. Einlagen bei Kreditinstituten		8.800.000,00			0,00
5. Andere Kapitalanlagen		16.050,00			16.050,00
			396.955.841,12		376.832.968,89
				403.698.666,14	383.896.182,64
C. Forderungen					
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:					
1. Versicherungsnehmer		3.731.824,74			4.256.399,05
2. Versicherungsvermittler		84.770,07			77.897,23
davon:			3.816.594,81		4.334.296,28
an verbundene Unternehmen:					
0,00 EUR (Vorjahr: 0,00 EUR)					
II. Sonstige Forderungen			1.078.412,74		920.118,61
davon:				4.895.007,55	5.254.414,89
an verbundene Unternehmen:					
409.924,20 EUR (Vorjahr: 343.320,81 EUR)					
D. Sonstige Vermögensgegenstände					
I. Sachanlagen und Vorräte			247.539,75		307.036,45
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand			4.257.860,44		18.657.894,70
				4.505.400,19	18.964.931,15
E. Rechnungsabgrenzungsposten					
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten			3.424.076,71		3.245.770,02
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten			413.877,09		57.314,29
				3.837.953,80	3.303.084,31
Summe der Aktiva				420.045.706,76	414.457.851,90

Passivseite

	EUR	EUR	2018 EUR	2017 EUR
A. Eigenkapital				
I. Gezeichnetes Kapital		29.093.000,00		29.093.000,00
II. Kapitalrücklage		9.732.074,73		9.732.074,73
III. Gewinnrücklagen				
1. gesetzliche Rücklage	204.516,75			204.516,75
2. andere Gewinnrücklagen	22.671.675,25			20.871.675,25
		22.876.192,00		21.076.192,00
IV. Bilanzgewinn		538.175,75		1.824.612,39
davon:			62.239.442,48	61.725.879,12
Gewinnvortrag: 24.612,39 EUR (Vorjahr: 67.074,61 EUR)				
B. Nachrangige Verbindlichkeiten				
I. Nachrangige Darlehen			20.000.000,00	20.000.000,00
davon:				
gegenüber verbundenen Unternehmen: 20.000.000,00 EUR (Vorjahr: 20.000.000,00 EUR)				
C. Versicherungstechnische Rückstellungen				
I. Beitragsüberträge				
1. Bruttobetrag	39.351.290,58			40.396.151,74
2. davon ab:				
Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0,00			0,00
		39.351.290,58		40.396.151,74
II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
1. Bruttobetrag	284.124.232,00			277.530.501,00
2. davon ab:				
Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0,00			0,00
		284.124.232,00		277.530.501,00
III. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen		320.000,00		327.000,00
			323.795.522,58	318.253.652,74
D. Andere Rückstellungen				
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		3.206.774,00		2.945.514,00
II. Steuerrückstellungen		607.863,22		17.839,00
III. Sonstige Rückstellungen		3.257.006,53		3.825.149,71
			7.071.643,75	6.788.502,71
E. Andere Verbindlichkeiten				
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber:				
1. Versicherungsnehmern	1.578.657,56			1.380.108,25
2. Versicherungsvermittlern	1.265.472,77			1.498.561,55
davon:		2.844.130,33		2.878.669,80
gegenüber verbundenen Unternehmen: 18.383,83 EUR (Vorjahr: 151.809,57 EUR)				
II. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		0,00		12.900,20
III. Sonstige Verbindlichkeiten		4.078.303,92		4.778.885,13
davon:			6.922.434,25	7.670.455,13
aus Steuern: 2.772.885,17 EUR (Vorjahr 3.098.998,61 EUR)				
im Rahmen der sozialen Sicherheit: 28.700,00 EUR (Vorjahr: 28.700,00 EUR)				
gegenüber verbundenen Unternehmen: 35.572,62 EUR (Vorjahr 26.895,70 EUR)				
F. Rechnungsabgrenzungsposten				
I. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten			16.663,70	19.362,20
Summe der Passiva			420.045.706,76	414.457.851,90

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2018

Posten			2018	2017
	EUR	EUR	EUR	EUR
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung				
a) Gebuchte Bruttobeiträge	174.657.991,66			175.818.297,81
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	0,00			0,00
		174.657.991,66		175.818.297,81
c) Veränderung der Beitragsüberträge		1.044.861,16	-	24.558,08
			175.702.852,82	175.793.739,73
2. Sonstige versicherungstechnische Erträge für eigene Rechnung			164.805,30	181.948,23
3. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	- 124.209.351,29			- 127.066.910,26
bb) Anteil der Rückversicherer	0,00			0,00
		- 124.209.351,29		- 127.066.910,26
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	- 6.593.731,00			- 5.983.440,00
bb) Anteil der Rückversicherer	0,00			0,00
		- 6.593.731,00		- 5.983.440,00
			- 130.803.082,29	- 133.050.350,26
4. Veränderung der sonstigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen			7.000,00	- 24.000,00
5. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung				
a) Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb	- 52.289.062,04			- 50.690.330,27
b) davon ab:				
erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen				
aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft		0,00		0,00
			- 52.289.062,04	- 50.690.330,27
6. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung			- 7.217.486,21	- 7.788.992,57

Posten

Posten	2018	2017
EUR	EUR	EUR
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung		
1. Erträge aus Kapitalanlagen:		
a) Erträge aus anderen Kapitalanlagen		
aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	501.011,11	501.935,47
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	11.404.783,64	11.442.144,72
davon:		
aus verbundenen Unternehmen:		
5.104,27 EUR (Vorjahr: 7.401,82 EUR)		
b) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	285.798,88	0,00
c) Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen	107.921,32	111.700,76
		12.299.514,95
		12.055.780,95
2. Aufwendungen für Kapitalanlagen		
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen	– 419.763,37	– 370.763,89
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen	– 253.493,00	– 556.536,00
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	– 42.988,03	0,00
		– 716.244,40
		– 927.299,89
		11.583.270,55
		11.128.481,06
3. Sonstige Erträge		1.964.220,55
		2.771.917,63
4. Sonstige Aufwendungen		– 4.752.927,69
		– 4.026.869,13
		– 2.788.707,14
		– 1.254.951,50
5. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		1.577.077,20
		2.084.536,99
6. Außerordentliche Aufwendungen		– 53.330,00
		– 53.330,00
7. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		– 991.810,04
		– 255.249,34
8. Sonstige Steuern		– 18.373,80
		– 18.419,87
		– 1.010.183,84
		– 273.669,21
9. Jahresüberschuss		513.563,36
		1.757.537,78
10. Gewinnvortrag		24.612,39
		67.074,61
11. Bilanzgewinn		538.175,75
		1.824.612,39

Anhang

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

.....

Der Jahresabschluss wird nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches in Verbindung mit der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen aufgestellt.

Aus rechentechnischen Gründen können im Lagebericht und im Anhang Rundungsdifferenzen in Höhe von +/- einer Einheit (EUR, %, etc.) auftreten.

Immaterielle Vermögensgegenstände

Die immateriellen Vermögensgegenstände sind zu Anschaffungskosten bewertet. Die linearen Abschreibungen erfolgen planmäßig über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer. Die geleisteten Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände werden zum Nennwert angesetzt.

Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken

Die Bilanzierung erfolgt zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen. Außerplanmäßige Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert erfolgen bei einer voraussichtlich dauerhaften Wertminderung.

Beteiligungen

Die Beteiligungen werden mit den Anschaffungskosten angesetzt, die gemäß dem gemilderten Niederstwertprinzip gegebenenfalls um außerplanmäßige Abschreibungen vermindert werden.

Anteile an verbundenen Unternehmen

Die Anteile an verbundenen Unternehmen werden mit den Anschaffungskosten angesetzt, die gemäß dem gemilderten Niederstwertprinzip gegebenenfalls um außerplanmäßige Abschreibungen vermindert werden.

Ausleihungen an verbundene Unternehmen

Die Ausleihungen an verbundene Unternehmen werden mit den Anschaffungskosten abzüglich geleisteter Tilgungen angesetzt.

Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

Grundsätzlich werden Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere zu Anschaffungskosten bilanziert und unter Berücksichtigung des strengen Niederstwertprinzips bewertet.

Von der Möglichkeit des § 341b Abs. 2 zweiter Halbsatz HGB (Bewertung bestimmter Kapitalanlagen nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften) wird für ausgewählte Anteile oder Aktien an Investmentvermögen Gebrauch gemacht. Eine außerplanmäßige Abschreibung ist gemäß § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB vorzunehmen, wenn eine voraussichtlich dauerhafte Wertminderung vorliegt. Eine Wertminderung wird als dauerhaft angesehen, wenn der Zeitwert des deklarierten Bestandes in den dem Bilanzstichtag vorangehenden sechs Monaten permanent um mehr als 20 % unter dem Buchwert liegt.

Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere mit Kuponzahlung werden zu Anschaffungskosten – zuzüglich oder abzüglich der kumulierten Amortisation einer Differenz zwischen den Anschaffungskosten und dem Rückzahlungsbetrag unter Anwendung der Effektivzinsmethode – bilanziert und unter Berücksichtigung des strengen Niederstwertprinzips bewertet.

Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere mit Kuponzahlung werden beginnend mit dem 1. Januar 2016 wie Schuldschein-

forderungen und Darlehen analog § 341c Abs. 3 HGB bilanziert.

Zero-Inhaberschuldverschreibungen und Commercial Papers werden zu Anschaffungskosten zuzüglich der jeweils aufgrund der kapitalabhängigen Effektivzinsberechnung ermittelten zeitanteiligen Zinsforderungen bilanziert und unter Berücksichtigung des strengen Niederstwertprinzips bewertet.

Von der Möglichkeit des § 341b Abs. 2 zweiter Halbsatz HGB (Bewertung bestimmter Kapitalanlagen nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften) wird für ausgewählte Inhaberschuldverschreibungen Gebrauch gemacht. Eine außerplanmäßige Abschreibung ist gemäß § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB vorzunehmen, wenn eine voraussichtlich dauerhafte Wertminderung vorliegt.

Sonstige Ausleihungen

Bei Anschaffung der Namensschuldverschreibungen werden die Nennwerte aktiviert. Die Unterschiedsbeträge zu den hingegebenen Beträgen werden aktivisch und passivisch abgegrenzt. Außerplanmäßige Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert erfolgen bei einer voraussichtlich dauerhaften Wertminderung.

Bei Schuldscheinforderungen und Darlehen werden die Anschaffungskosten zuzüglich oder abzüglich der kumulierten Amortisation einer Differenz zwischen den Anschaffungskosten und dem Rückzahlungsbetrag unter Anwendung der Effektivzinsmethode angesetzt. Das Ausfallrisiko wird durch Einzelwertberichtigungen und außerplanmäßige Abschreibungen berücksichtigt.

Bei übrigen Ausleihungen werden die Anschaffungskosten zuzüglich oder abzüglich der kumulierten Amortisation einer Differenz zwischen den Anschaffungskosten und dem Rückzahlungsbetrag unter Anwendung der Effektivzinsmethode angesetzt. Das

Ausfallrisiko wird durch Einzelwertberichtigungen und außerplanmäßige Abschreibungen berücksichtigt.

Zero-Namensschuldverschreibungen und Zero-Schuldscheindarlehen werden mit ihren Anschaffungskosten zuzüglich der jeweils aufgrund der kapitalabhängigen Effektivzinsberechnung ermittelten zeitanteiligen Zinsforderungen bilanziert.

Strukturierte Produkte und die darin enthaltenen Optionen oder Verpflichtungen werden einheitlich bilanziert. Die Bewertung erfolgt entsprechend der Bewertung der anderen Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen sowie übrigen Ausleihungen.

Einlagen bei Kreditinstituten

Die Bilanzierung der Tages- und Festgelder wird zu Nominalwerten vorgenommen.

Andere Kapitalanlagen

Es handelt sich um Genossenschaftsanteile, die zu Anschaffungskosten bilanziert werden.

Forderungen

Bei den zu Nennwerten angesetzten Forderungen werden erkennbare Einzelrisiken durch Abschreibungen bzw. Wertberichtigungen berücksichtigt.

Dem allgemeinen Kreditrisiko wird durch eine Pauschalwertberichtigung zu Forderungen an Versicherungsnehmer Rechnung getragen. Die Forderungen an Vermittler werden einzelwertberichtigt.

Sachanlagen und Vorräte

Sachanlagen werden mit den Anschaffungskosten abzüglich linearer Abschreibungen, die planmäßig über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer erfolgen, bewertet.

Die Vorräte werden zu Anschaffungskosten bewertet.

Geringwertige Wirtschaftsgüter mit einem Nettowert von über 250 EUR bis 800 EUR werden sofort voll abgeschrieben.

Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand

Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestände werden zum Nennwert bilanziert.

Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Die noch nicht fälligen Zinsen und sonstigen Rechnungsabgrenzungsposten werden zeitanteilig, die Agiobeträge aus Namensschuldverschreibungen nach der Effektivzinsmethode ermittelt.

Aktive latente Steuern

Latente Steuern werden nicht ausgewiesen, da der bestehende Aktivüberhang in Ausübung des Wahlrechts des § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB bilanziell nicht angesetzt wird.

Die aktiven latenten Steuern beruhen im Wesentlichen auf temporären Differenzen im Bereich der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle. Bei der Ermittlung der latenten Steuern wird ein Steuersatz von 31,70 % zugrunde gelegt.

Nachrangige Verbindlichkeiten

Die Bewertung der nachrangigen Verbindlichkeiten erfolgt zum Nennwert.

Beitragsüberträge

Die ausgewiesenen Beitragsüberträge enthalten im Berichtsjahr fällig gewordene, auf das Folgejahr entfallende Beitragsteile. Die Beitragsüberträge werden für jeden einzelnen Versicherungsvertrag zeitanteilig ermittelt. Bei der Ermittlung der übertragungsfähigen Beitragsteile wird das Schreiben des Bundesministers der Finanzen vom 30. April 1974 beachtet.

Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle enthält die Rückstellung für bekannte Schäden, für wiederauflebende Schäden, die Spätschadenrückstellung und die Rückstellung für Schadenregulierungsaufwendungen.

Auf der Basis neuer Kenntnisse über die zugrunde liegenden Parameter erfolgte eine Verfeinerung der Bewertungsmethode zur Ermittlung der Rückstellung für bekannte Schäden und für Spätschäden.

Die Bildung der Schadenrückstellung erfolgt pro Ereignisjahr getrennt für Geschäftsjahresschäden, bereits gemeldete Spätschäden und noch zu erwartende Spätschäden.

Die Rückstellung für bereits bekannte Schäden, d. h. für Geschäftsjahresschäden und gemeldete Spätschäden, wird grundsätzlich auf individueller Grundlage ermittelt. Dabei werden Erfahrungswerte aufgrund historischer Schadenentwicklungen berücksichtigt.

Die Rückstellung für wiederauflebende Schäden sowie alle noch nicht bekannten Schäden, d. h. für noch zu erwartende Spätschäden, wird pauschal berechnet.

Die Berechnung der Rückstellung für interne Schadenregulierungsaufwendungen erfolgt gemäß dem koordinierten Ländererlass vom 2. Februar 1973. Die Rückstellung für externe Schadenregulierungskosten wird stückkostenabhängig ermittelt.

Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen

Die Berechnung der Schwankungsrückstellung erfolgt entsprechend der Anlage zu § 29 RechVersV. Im Geschäftsjahr ist ein Ansatz nicht erforderlich.

Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen

Die Stornorückstellung wegen Fortfalls oder Verminderung des technischen Risikos wird in Höhe der mutmaßlich zurück zu gewährenden Beiträge gebildet.

Andere Rückstellungen**• Pensionsrückstellungen**

Für die Bewertung werden als Rechnungsgrundlagen die biometrischen Grundwerte aus den Richttafeln 2018 G von Dr. Klaus Heubeck verwendet.

Mit Ausnahme der Pensionszusagen aus Gehaltsumwandlung wird der Erfüllungsbetrag gemäß § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB mit der Projected-Unit-Credit-Methode berechnet und gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB mit dem korrespondierenden Deckungsvermögen verrechnet. Der gemäß § 253 Abs. 2 HGB verwendete und zum Bilanzstichtag auf Basis der Marktverhältnisse zum 31. Oktober 2018 prognostizierte und verwendete durchschnittliche Rechnungszins der vergangenen zehn Geschäftsjahre, bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren, beträgt 3,22 %. Der Zinssatz weicht nur leicht vom durch die Deutsche Bundesbank zum Stichtag veröffentlichten Zins von 3,21 % ab und führt zu keinen Änderungen des Verpflichtungsumfangs. Der Unterschiedsbetrag zum bisherigen Ansatz der Rückstellungen nach Maßgabe des entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatzes aus den vergangenen sieben Geschäftsjahren wird in den Erläuterungen zur Bilanz angegeben.

Darüber hinaus werden folgende Bewertungsparameter bei der Berechnung berücksichtigt:

Grundsätzlich wird davon ausgegangen, dass die Versorgungsberechtigten die Betriebsrente mit dem frühest möglichen Bezug einer Vollrente aus der gesetzlichen Rentenversicherung beziehen. Falls in der Pensionszusage ein früheres Pensionierungsalter vereinbart ist, so wird dieses Pensionierungsalter bei der Bewertung berücksichtigt.

Für die Ausscheideursache Fluktuation wird eine Wahrscheinlichkeit von 1,30 % bei Männern und 1,00 % bei Frauen angesetzt. Der Gehaltstrend inklusive einer Karrierekomponente fließt mit 2,50 % ein. Falls die Pensionszusage eine garantierte Rentenanpassung enthält, wird diese berücksichtigt. Die übrigen Pensionszusagen werden mit einem Rententrend von 2,00 % bewertet.

Für kongruent rückgedeckte Pensionszusagen durch Gehaltsumwandlung erfolgt die Verrechnung mit dem Aktivwert der Rückdeckungsversicherung.

Der Effekt aus einer Änderung des Diskontierungszinssatzes wird im Sonstigen Ergebnis ausgewiesen. Erträge daraus werden mit entsprechenden Aufwendungen verrechnet.

Das im Jahr 2010 aufgrund des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) ausgeübte Wahlrecht nach Art. 67 Abs. 1 EGHGB, die erforderliche Zuführung zu den Pensionsrückstellungen auf maximal 15 Jahre zu verteilen, wird weiterhin in Anspruch genommen. Im Geschäftsjahr 2018 wird erneut ein Zehntel zugeführt.

• Steuerrückstellungen

Die Steuerrückstellungen werden nach ihrer voraussichtlichen Inanspruchnahme ermittelt.

• Sonstige Rückstellungen**1. Rückstellungen für Jubiläumsgeldzusagen**

Die Bewertung der Rückstellungen für Jubiläumsgeldzusagen erfolgt nach § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB mit Ausnahme des Rechnungszinses analog zur Pensionsrückstellungsermittlung. Als Rechnungsgrundlagen werden die biometrischen Grundwerte aus den Richttafeln 2018 G von Dr. Klaus Heubeck verwendet. Der Bewertung liegt der von der Deutschen Bundesbank veröffentlichte Rechnungszins mit einer Restlaufzeit von 10 Jahren zugrunde. Zum Bilanzstichtag wird ein

auf Basis der Marktverhältnisse zum 31. Oktober 2018 prognostizierter durchschnittlicher Rechnungszins der vergangenen sieben Geschäftsjahre von 1,95 % verwendet.

2. Rückstellungen für Altersteilzeit

Die Bewertung der Rückstellungen für Altersteilzeit erfolgt nach § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB. Als Rechnungsgrundlagen werden die biometrischen Grundwerte aus den Richttafeln 2018 G von Dr. Klaus Heubeck verwendet. Dabei ergibt sich der Erfüllungsbetrag aufgrund der versicherungsmathematisch diskontierten Gehaltszahlungen in der Freistellungsphase. Die Rückstellung beinhaltet außerdem den Arbeitgeberbeitrag zur gesetzlichen Rentenversicherung sowie den tariflichen Aufstockungsbetrag. Der Gehaltstrend inklusive einer Karrierekomponente fließt mit 2,50 % ein. Der Bewertung liegt der von der Deutschen Bundesbank veröffentlichte Rechnungszins mit einer Restlaufzeit von 3 Jahren zugrunde. Zum Bilanzstichtag wird ein auf Basis der Marktverhältnisse zum 31. Oktober 2018 prognostizierter durchschnittlicher Rechnungszins der vergangenen sieben Geschäftsjahre von 0,99 % verwendet.

Zur Insolvenzsicherung der Wertguthaben aus Altersteilzeitverpflichtungen gem. § 8a Altersteilzeitgesetz dient eine Bankbürgschaft.

3. Übrige Rückstellungen

Die übrigen Rückstellungen werden nach § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB mit ihren Erfüllungsbetrag angesetzt und – soweit die Laufzeiten mehr als ein Jahr betragen – gemäß § 253 Abs. 2 HGB mit dem der Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre abgezinst.

Andere Verbindlichkeiten

Die Passivierung der Verbindlichkeiten wird mit den Erfüllungsbeträgen vorgenommen. Alle Verbindlichkeiten haben eine Restlaufzeit von weniger als einem Jahr.

Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Vorausgezahlte Zinsen und Mieten werden zeitanteilig, Disagioträge aus Namensschuldverschreibungen werden nach der Effektivzinsmethode ermittelt.

Passive latente Steuern

Latente Steuern werden nicht ausgewiesen, da der bestehende Aktivüberhang in Ausübung des Wahlrechts des § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB bilanziell nicht angesetzt wird.

Erläuterungen zur Bilanz zum 31. Dezember 2018

Aktivseite

	31.12.2018 TEUR	31.12.2017 TEUR
A. Immaterielle Vermögensgegenstände	3.109	3.039
Software	2.961	2.458
Geleistete Anzahlung auf Software	148	581

Die planmäßigen linearen Abschreibungen auf Software betragen für das abgelaufene Geschäftsjahr 818 TEUR (Vorjahr 580 TEUR). Bei den geleisteten Anzahlungen auf Software handelt es sich um noch in der Entwicklung befindliche Individualsoftware.

	31.12.2018 TEUR	31.12.2017 TEUR
B. Kapitalanlagen	403.699	383.896
B. I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	6.583	6.837

Es handelt sich um das eigengenutzte Verwaltungsgebäude der DEURAG, Abraham-Lincoln-Str. 3 in Wiesbaden, sowie ein Parkdeck, Abraham-Lincoln-Str. 5 in Wiesbaden. Die Zeitwerte der Grundstücke werden nach dem Ertragswertverfahren bzw. anhand der (fortgeführten) Anschaffungskosten ermittelt und betragen zusammen 9.040 TEUR (Vorjahr 9.040 TEUR).

	31.12.2018 TEUR	31.12.2017 TEUR
B. II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen	159	226

Die Bilanzposition besteht unter anderem mit 50 TEUR aus Anteilen an verbundenen Unternehmen. Es handelt sich um folgende Gesellschaften:

	BETEILIGUNGSANTEIL %	EIGENKAPITAL 2018 TEUR	ERGEBNIS 2018 TEUR
ITC Consult GmbH, Wiesbaden	100,00	25	65
RSS Rechtsschutz-Service GmbH, Wiesbaden	100,00	25	42

Mit der ITC Consult GmbH besteht ein Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag. Der Zeitwert der Gesellschaft beträgt 439 TEUR (Vorjahr 439 TEUR).

Mit der RSS Rechtsschutz-Service GmbH besteht ebenfalls ein Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag. Der Zeitwert der Gesellschaft beträgt 435 TEUR (Vorjahr 439 TEUR).

In der Bilanzposition weiterhin enthalten sind Ausleihungen an verbundene Unternehmen von 109 TEUR (Vorjahr 176 TEUR). Es handelt sich um eine Ausleihung an die ITC Consult GmbH.

	31.12.2018 TEUR	31.12.2017 TEUR
B. III. Sonstige Kapitalanlagen	396.956	376.833

Der Buchwert der **Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere** beträgt 120.504 TEUR. Es handelt sich um zwei Sondervermögen, die auf die Bedürfnisse der DEURAG als den alleinigen Investor ausgerichtet sind, sowie um die Beteiligung an einem AIF-Sondervermögen. Ihre Zeitwertermittlung erfolgt anhand von Börsenkurswerten bzw. Rücknahmewerten am Bilanzstichtag. Der Zeitwert beträgt danach 123.186 TEUR. Die Erträge der Fonds belaufen sich auf insgesamt 3.363 TEUR. Hiervon entfallen 2.411 TEUR auf den Fonds „HANSA ALR“ (ein Aktien- und Rentenfonds). Dieser wurde am 13.7.2018 auf den Fonds „HANSA recht“ (bis dahin ein reiner Rentenfonds) verschmolzen. Die Erträge aus dem Fonds „HANSA recht“ betragen 696 TEUR. Weitere 256 TEUR entfallen auf das AIF-Sondervermögen „HANSA real 2“, bei dem es sich um einen geschlossenen Immobilienfonds handelt. Die Anteile der Fonds können börsentäglich zurückgegeben werden.

Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere belaufen sich auf einen Buchwert von 83.130 TEUR. Ihr Zeitwert beträgt 84.752 TEUR und entspricht den jeweiligen Börsenkursen.

Namenschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen sind mit einem Buchwert (ohne Berücksichtigung von Agio und Disagio) von 184.506 TEUR bewertet. Der Zeitwert wird anhand von Zinsstrukturen und aktuellen Ratings ermittelt und beträgt zum Bilanzstichtag 199.426 TEUR.

Einlagen bei Kreditinstituten sind grundsätzlich mit den Nominalbeträgen angesetzt. Zum Bilanzstichtag bestanden Einlagen i.H.v. 8.800 TEUR.

Bei den **anderen Kapitalanlagen** handelt es sich um Genossenschaftsanteile in Höhe von 16 TEUR. Der Buchwert entspricht dem Zeitwert.

	31.12.2018	31.12.2017
	TEUR	TEUR
C. Forderungen	4.895	5.254
C. I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an	3.817	4.334
1. Versicherungsnehmer	3.732	4.256
2. Versicherungsvermittler	85	78

Von den Forderungen an Versicherungsnehmer wird eine Pauschalwertberichtigung für das latente Ausfallrisiko in Höhe von 1.214 TEUR abgesetzt (Vorjahr 994 TEUR).

Forderungen an Versicherungsvermittler werden durch Einzelwertberichtigungen in Höhe der mutmaßlichen Ausfälle vermindert.

	31.12.2018	31.12.2017
	TEUR	TEUR
C. II. Sonstige Forderungen	1.078	920
davon aus Steuern	144	537
davon gegenüber verbundenen Unternehmen	909	343
davon sonstige Forderungen	25	40

Der Ansatz sämtlicher Forderungen erfolgt mit den Nominalbeträgen.

	31.12.2018 TEUR	31.12.2017 TEUR
D. Sonstige Vermögensgegenstände	4.505	18.965
D. I. Sachanlagen und Vorräte	248	307
1. Betriebs- und Geschäftsausstattung	206	274
2. Vorräte	42	33

Die **Sachanlagen** werden linear abgeschrieben. Geringwertige Wirtschaftsgüter mit einem Nettowert von über 250 EUR bis 800 EUR werden sofort voll abgeschrieben.

Der Bestand an **Vorräten** wird durch körperliche Aufnahme und das Führen von Zu- und Entnahmelisten ermittelt.

	31.12.2018 TEUR	31.12.2017 TEUR
D. II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand	4.258	18.658

Die Bewertung erfolgt zum Nennwert.

	31.12.2018 TEUR	31.12.2017 TEUR
E. Rechnungsabgrenzungsposten	3.838	3.303

Es handelt sich hier vor allem um noch nicht fällige Zinsen auf Kapitalanlagen und Agiobeträge, die in Abhängigkeit von den jeweiligen Restforderungen auf die Laufzeit verteilt werden.

Passivseite

	31.12.2018 TEUR	31.12.2017 TEUR
A. Eigenkapital	62.239	61.726
A. I. Gezeichnetes Kapital	29.093	29.093

Das gezeichnete Kapital ist in 29.093.000 Aktien zu jeweils 1,00 EUR aufgeteilt. Eigene Aktien besitzt die Gesellschaft nicht.

	31.12.2018 TEUR	31.12.2017 TEUR
A. II. Kapitalrücklage	9.732	9.732
A. III. Gewinnrücklage		
1. Gesetzliche Rücklage	205	205
2. Andere Gewinnrücklagen	22.672	20.872
A. IV. Bilanzgewinn	538	1.825

Die Hauptversammlung am 9. Mai 2018 folgte dem Gewinnverwendungs-vorschlag und beschloss, vom Bilanzgewinn 2017 einen Betrag von 1.800 TEUR den anderen Gewinnrücklagen zuzuführen.

Vom Bilanzgewinn 2018 sollen gemäß Gewinnverwendungs-vorschlag 500 TEUR den anderen Gewinnrücklagen zugeführt werden.

	31.12.2018 TEUR	31.12.2017 TEUR
B. Nachrangige Verbindlichkeiten	20.000	20.000

Im Geschäftsjahr bestehen nachrangige Verbindlichkeiten im Rahmen zweier Darlehen von jeweils 10.000 TEUR gegenüber dem verbundenen Unternehmen SIGNAL IDUNA Allgemeine Versicherung AG, Dortmund. In 2018 sind 760 TEUR (Vorjahr 393 TEUR) an Zinsaufwendungen für die Darlehen angefallen.

	31.12.2018 TEUR	31.12.2017 TEUR
C. Versicherungstechnische Rückstellungen	323.796	318.254

Die versicherungstechnischen Rückstellungen werden nach handelsrechtlichen Erfordernissen gebildet. In allen Fällen wird dabei berücksichtigt, dass die dauernde Erfüllbarkeit der eingegangenen Verpflichtungen sichergestellt ist.

	31.12.2018 TEUR	31.12.2017 TEUR
C. I. Beitragsüberträge	39.352	40.396

Die Beitragsüberträge für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft werden nach der 1/360-Methode unter Berücksichtigung unterjähriger Zahlungsweisen errechnet. Die Ermittlung der nicht übertragsfähigen Einnahmeteile wird entsprechend dem BMF-Schreiben vom 30. April 1974 vorgenommen.

	31.12.2018 TEUR	31.12.2017 TEUR
C. II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	284.124	277.531

Im Zusammenhang mit der Verfeinerung der Bewertungsmethode (Optimierung der Ermittlung der Reservegrundwerte) ergibt sich im abgelaufenen Geschäftsjahr ein im Wesentlichen technisch bedingter Abwicklungsverlust. Die Rückstellungsquote (Rückstellung zu verdienten Brutto-Beiträgen) ist gegenüber dem Vorjahr um 3,8 %-Punkte auf 161,7 % gestiegen (Vorjahr 157,9 %).

	31.12.2018 TEUR	31.12.2017 TEUR
C. III. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen	320	327

Es handelt sich um die Stornorückstellung für Beitragsausfälle. Die Ermittlung erfolgt aufgrund von Erfahrungswerten der Vergangenheit.

	31.12.2018 TEUR	31.12.2017 TEUR
D. Andere Rückstellungen	7.072	6.789
D. I. Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	3.207	2.946

Der Zuführungsbedarf, der sich durch die Umstellung der Bewertungsmethodik am 1. Januar 2010 ergibt, wird gemäß Artikel 67 EGHGB zum 31. Dezember 2018 zu neun Zehntel in Höhe von 480 TEUR berücksichtigt. Der in der Bilanz zum 31. Dezember 2018 noch nicht berücksichtigte Zuführungsbetrag beläuft sich auf 53 TEUR.

Der Unterschiedsbetrag zwischen dem Ansatz der Rückstellungen für Pensionen nach Maßgabe des entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatzes aus den vergangenen zehn Geschäftsjahren und dem Ansatz der Rückstellungen nach Maßgabe des durchschnittlichen Marktzinssatzes aus den vergangenen sieben Geschäftsjahren beträgt zum Bilanzstichtag 449 TEUR.

Für arbeitnehmerfinanzierte Pensionszusagen erfolgt im Geschäftsjahr eine Saldierung von Planvermögen und Pensionsverpflichtungen nach § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB. Die Anschaffungskosten und der beizulegende Zeitwert des verrechneten Deckungsvermögens belaufen sich zum 31. Dezember 2018 auf 957 TEUR. Der Zeitwert entspricht dem Aktivwert der Rückdeckungsversicherung. Der Erfüllungsbetrag der verrechneten Pensionsverpflichtungen beträgt zum 31. Dezember 2018 ebenfalls 957 TEUR.

	31.12.2018 TEUR	31.12.2017 TEUR
D.II. Steuerrückstellungen	608	18
Gewerbesteuer	309	18
Körperschaftsteuer	283	0
Solidaritätszuschlag	16	0

	31.12.2018 TEUR	31.12.2017 TEUR
D. III. Sonstige Rückstellungen	3.257	3.825
davon Rückstellungen für personelle Aufwendungen	1.854	2.557
davon Rückstellungen für Folgeprovisionen	410	458
davon übrige Rückstellungen	993	810

Der Umfang der sonstigen Rückstellungen richtet sich nach dem voraussichtlichen Bedarf. Die Rückstellungen für personelle Aufwendungen beinhalten unter anderem eine Rückstellung für Erfolgsbeteiligung sowie die Rückstellungen für Altersteilzeit und Mitarbeiterjubiläen, die nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelt werden.

Alle Rückstellungen haben eine Laufzeit von bis zu einem Jahr.

	31.12.2018 TEUR	31.12.2017 TEUR
E. Andere Verbindlichkeiten	6.922	7.671
E. I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft	2.844	2.879
davon gegenüber Versicherungsnehmern	1.579	1.380
davon gegenüber Versicherungsvermittlern	1.265	1.499

Die Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungsvermittlern beinhalten Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von 18 TEUR (Vorjahr 152 TEUR).

	31.12.2018 TEUR	31.12.2017 TEUR
E.II. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	13

	31.12.2018 TEUR	31.12.2017 TEUR
E. III. Sonstige Verbindlichkeiten	4.078	4.779
davon Versicherungssteuer	2.627	3.099
davon gegenüber verbundenen Unternehmen	36	27
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit	29	29
davon übrige Verbindlichkeiten	1.386	1.624

	31.12.2018 TEUR	31.12.2017 TEUR
F. Rechnungsabgrenzungsposten	17	19

Es handelt sich hierbei um Disagiobeträge aus Kapitalanlagen. Die Disagiobeträge werden kapital- und laufzeitanteilig vereinnahmt.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2018

I. Versicherungstechnische Rechnung

1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung

	2018 TEUR		2017 TEUR
Gebuchte Bruttobeiträge	174.658		175.818
Veränderung der Beitragsüberträge	1.045	–	25
Verdiente Bruttobeiträge	175.703		175.793
Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	0		0
Verdiente Nettobeiträge	175.703		175.793

Die gebuchten Bruttobeiträge wurden ausschließlich im Inland erwirtschaftet.

2. Sonstige versicherungstechnische Erträge für eigene Rechnung

In dem Betrag von 165 TEUR (Vorjahr 182 TEUR) sind im Wesentlichen vom Versicherungsnehmer gezahlte Mahngebühren enthalten.

3. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung

In 2018 belaufen sich die Aufwendungen für Versicherungsfälle auf 130.803 TEUR und liegen um 2.247 TEUR unter den Vorjahresaufwendungen von 133.050 TEUR. Von diesen Aufwendungen entfallen 6.594 TEUR auf die Stärkung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle (Vorjahr 5.983 TEUR) und 124.209 TEUR auf Schadenzahlungen (Vorjahr 127.067 TEUR). Aufgrund der geringeren Aufwendungen für Versicherungsfälle hat sich die bilanzielle Brutto-Schadenquote von 75,7 % um 1,2 %-Punkte auf 74,5 % reduziert.

4. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung

Die Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb betragen insgesamt 52.289 TEUR (Vorjahr 50.690 TEUR). Hiervon entfallen auf den Abschluss von Versicherungsverträgen 31.067 TEUR (Vorjahr 29.580 TEUR) und auf die Verwaltung von Versicherungsverträgen 21.221 TEUR (Vorjahr 21.110 TEUR).

5. Rückversicherungssaldo

Aktuell betreibt die DEURAG kein Rückversicherungsgeschäft. Da auch aus früheren Rückversicherungsverträgen keine Erträge zu realisieren waren, beträgt der Rückversicherungssaldo 0 EUR.

6. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung

Unsere Gesellschaft betreibt ausschließlich das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft. Das hieraus resultierende versicherungstechnische Ergebnis beträgt -7.217 TEUR nach -7.789 TEUR im Vorjahr.

II. Nichtversicherungstechnische Rechnung

1. Erträge aus Kapitalanlagen

	2018 TEUR	2017 TEUR
Erträge aus Grundstücken und Gebäuden	501	502
Erträge aus Ausleihungen an verbundene Unternehmen	5	8
Erträge aus Sondervermögen	3.363	3.345
Erträge aus Inhaberschuldverschreibungen	1.376	1.017
Erträge aus Namensschuldverschreibungen	4.867	4.924
Erträge aus Schuldscheindarlehen	1.794	2.148
Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	286	0
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	108	112
	12.300	12.056

2. Aufwendungen für Kapitalanlagen

	2018 TEUR	2017 TEUR
Aufwendungen für die Vermögensverwaltung	420	370
Abschreibungen auf Gebäude	253	557
Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	43	0
	716	927

3. Sonstige Erträge

	2018 TEUR	2017 TEUR
Erträge aus Dienstleistungen gegenüber Dritten	1.696	1.696
Erträge aus abgeschriebenen Forderungen	35	130
Übrige Erträge	233	945
	1.964	2.771

4. Sonstige Aufwendungen

	2018 TEUR	2017 TEUR
Aufwendungen für Dienstleistungen gegenüber Dritten	1.640	1.621
Aufwendungen für Interne Projekte	1.109	967
Zinsaufwendungen	1.072	654
Aufwendungen für das Unternehmen als Ganzes	693	509
Übrige Aufwendungen	239	276
	4.753	4.027

5. Außerordentliche Aufwendungen

Die außerordentlichen Aufwendungen von 53 TEUR (Vorjahr 53 TEUR) entfallen auf Anpassungen der Pensionsrückstellung aufgrund des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG).

Entwicklung der Aktivposten B und C im Geschäftsjahr 2018

Aktivposten	BILANZWERTE VORJAHR TEUR	ZUGÄNGE TEUR	UMBUCHUNGEN TEUR
B. Immaterielle Vermögensgegenstände			
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	2.458	0	1.321
2. Geleistete Anzahlungen	581	888	– 1.321
3. Summe B.	3.039	888	0
C I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	6.837	0	0
C II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	50	0	0
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	176	0	0
3. Summe C II.	226	0	0
C III. Sonstige Kapitalanlagen			
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	120.504	0	0
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	60.671	40.433	0
3. Sonstige Ausleihungen			
a) Namensschuldverschreibungen	147.840	12.348	0
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	47.802	4	0
4. Einlagen bei Kreditinstituten	0	8.800	0
5. Andere Kapitalanlagen	16	0	0
6. Summe C III.	376.833	61.585	0
insgesamt	386.935	62.473	0

Bei Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken erfolgt die Ermittlung der Zeitwerte auf Basis des jeweiligen Ertragswertes in Anlehnung an die aktuelle Immobilienwertermittlungsverordnung.

Die Zeitwertermittlung der Anteile an verbundenen Unternehmen erfolgt nach dem Ertragswertverfahren. Für Ausleihungen an verbundene Unternehmen wird der Nennwert als Zeitwert angesetzt.

Für börsennotierte Kapitalanlagen werden die Kurswerte zum Abschlussstichtag zugrunde gelegt. Investmentanteile werden mit den von den Fondsgesellschaften

mitgeteilten Rücknahmekursen angesetzt.

Sowohl für die zum Nennwert bilanzierten Namensschuldverschreibungen als auch für die zu Anschaffungskosten bilanzierten Schuldscheinforderungen und Darlehen sowie die nicht notierten Zero-Schuldscheinforderungen und Zero-Namensschuldverschreibungen werden die Zeitwerte mittels der Discounted Cash Flow-Methode ermittelt.

Die stillen Lasten in der Bilanzposition C.III.3 betragen in Summe 908 TEUR bei einem Gesamt-Buchwert von 184.506 TEUR und einem Gesamt-Zeitwert von 199.426 TEUR. Es handelt sich hierbei um stille Lasten

ABGÄNGE	ZUSCHREIBUNGEN	ABSCHREIBUNGEN	BILANZWERTE	ZEITWERTE
TEUR	TEUR	TEUR	GESCHÄFTSJAHR	GESCHÄFTSJAHR
TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
0	0	– 818	2.961	2.961
0	0	0	148	148
0	0	– 818	3.109	3.109
0	0	– 254	6.583	9.040
0	0	0	50	875
– 67	0	0	109	109
– 67	0	0	159	984
0	0	0	120.504	123.186
– 17.974	0	0	83.130	84.752
– 17.480	0	0	142.708	154.082
– 6.007	0	0	41.798	45.344
– 0	0	0	8.800	8.800
0	0	0	16	16
– 41.461	0	0	396.956	416.180
– 41.528	0	– 1.072	406.807	429.314

von 904 TEUR auf Namensschuldverschreibungen und 4 TEUR auf Schuldscheindarlehen. Die betreffenden Papiere verbleiben planmäßig bis zu ihrer Fälligkeit im Bestand. Auch hier wird bei keinem Fall ein Forderungsausfall erwartet. Somit ist die Wertminderung als nicht dauerhaft anzusehen.

Die Zeitwerte der Commercial Paper entsprechen den Anschaffungskosten zuzüglich der jeweils aufgrund der kapitalabhängigen Effektivzinsberechnung ermittelten zeitanteiligen Zinsforderungen.

Weiterhin sind Inhaberschuldverschreibungen, die dauerhaft dem Unternehmen dienen sollen, gemäß der Mög-

lichkeit des § 341b Abs. 2 zweiter Halbsatz HGB dem Anlagevermögen zugeordnet. Es handelt sich hierbei um Papiere mit einem Buchwert von 78.130 TEUR. Die stillen Lasten in diesem Portfolio betragen 1.002 TEUR. Die Wertminderung wird als nicht dauerhaft angesehen.

In den Bilanzposten C.III.2 und C.III.4. befinden sich einfach strukturierte Produkte mit einem Nominalwert von 26.761 TEUR und einem Buchwert von 25.708 TEUR. Ihr Zeitwert beträgt 25.801 TEUR. Die angegebenen Buch- und Zeitwerte beziehen sich jeweils auf das gesamte strukturierte Produkt. Bei der Ermittlung der Zeitwerte werden an Finanzmärkten gängige Bewertungsverfahren eingesetzt

Sonstige Angaben

Anzahl der im Jahresdurchschnitt beschäftigten Arbeitnehmer (Mitarbeiterkapazität)

	2018	2017
Innendienst	108	127
Angestellter Außendienst	20	20
Insgesamt	128	147

Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter, Personalaufwendungen

	2018 TEUR	2017 TEUR
1. Provisionen jeglicher Art der Versicherungs- vertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	35.968	34.488
2. Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB	0	20
3. Löhne und Gehälter	9.976	10.115
4. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	1.590	1.690
5. Erträge / Aufwendungen für Altersversorgung	298	224
6. Aufwendungen insgesamt	47.831	46.537

Gesamtbezüge des Vorstandes und des Aufsichtsrates

Die Gesamtbezüge des Vorstandes belaufen sich auf 641.895,18 EUR (Vorjahr 632.310,15 EUR), der im Ruhestand befindlichen Vorstandsmitglieder bzw. deren Angehörige auf 102.724,37 EUR (Vorjahr 101.046,81 EUR). Die Pensionsrückstellungen für ehemalige Vorstandsmitglieder betragen 889.973,00 EUR (Vorjahr 857.332,00 EUR). Die Bezüge des Aufsichtsrates belaufen sich auf 13.600,00 EUR (Vorjahr 13.600,00 EUR).

Gesamthonorar des Abschlussprüfers

Auf die Angaben über das von dem Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr berechnete Gesamthonorar gemäß § 285 Nr. 17 HGB wurde verzichtet, da die Angaben im Konzernabschluss der SIGNAL IDUNA Vereinigte Lebensversicherung aG für Handwerk, Handel und Gewerbe enthalten sind. Die dort berücksichtigten Honorare für Abschlussprüfungsleistungen entfallen auf die Prüfung des Jahresabschlusses und der Solvabilitätsübersicht. Honorare für sonstige Leistungen betreffen im Wesentlichen das Thema Leistungsregulierung.

Beteiligungen

Die SIGNAL IDUNA Allgemeine Versicherung AG, Dortmund, hält 100 % der Anteile an unserem Unternehmen und hat uns die entsprechende Mitteilung gemäß § 20 Abs. 4 AktG gemacht.

Transaktionen mit nahe stehenden Unternehmen und Personen

Im Berichtszeitraum wurden mit nahe stehenden Unternehmen und Personen keine Geschäfte zu marktüblichen Konditionen im Sinne des § 285 Satz 1 Nr. 21 HGB getätigt.

Angaben zu ausschüttungsgesperreten Beträgen

Aufgrund des Unterschiedsbetrags bei der Bewertung der Pensionsrückstellungen gemäß § 253 Abs. 6 HGB hat unsere Gesellschaft ausschüttungsgesperrte Beträge in Höhe von 449 TEUR (Vorjahr 410 TEUR), die aber aufgrund der Eigenmittelausstattung nicht zum Tragen kommen. Ausschüttungsgesperrte Beträge im Sinne des § 268 Abs. 8 HGB sind nicht angefallen.

Nachtragsbericht

Es haben sich keine Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Ende des Geschäftsjahres ereignet. Die bisherige Geschäftsentwicklung im laufenden Geschäftsjahr entspricht unseren Erwartungen und Planungen.

Organe

Aufsichtsrat

Dipl.-Kfm. Dr. Stefan Kutz
Vorstandsmitglied
SIGNAL IDUNA Gruppe
Dortmund
Vorsitzender

Ulrich Scheele
Generalbevollmächtigter Vertriebs-
entwicklung / Freie Vertriebe
SIGNAL IDUNA Gruppe
Arnsberg
Stellvertretender Vorsitzender

Jörg Krieger
Bereichsleiter Kraftfahrt, Unfall Produkt-
management, Betrieb, Underwriting
SIGNAL IDUNA Gruppe
Dortmund

Christiane Rabe
Abteilungsleiterin
SIGNAL IDUNA Gruppe
Hamburg

Von den Arbeitnehmern gewählt:

Rene Clemens
Versicherungsangestellter
Berlin

Achim Kaiser
Angestellter RSS Rechtsschutz-Service GmbH
Mainz

Vorstand

Markus Spigiel (ab 1. Dezember 2018)
Direktor
Castrop-Rauxel
Rechnungswesen und Controlling,
Recht / Beschwerde / Datenschutz,
Mathematik, Risikomanagement,
Compliance, Revision

Thorsten Finke (bis 30. November 2018)
Direktor
Hamburg
Rechnungswesen und Controlling,
Recht / Beschwerde / Datenschutz,
Mathematik, Risikomanagement,
Compliance, Revision

Arndt A. Stange
Direktor
Schlangenbad
Leistung, Informationstechnologie,
Betriebsorganisation / Allgemeine Dienste,
Produktkalkulation / Produkt- und Portfolio-
management

Dr. Thomas Wolf
Direktor
Wiesbaden
Vertrieb / Marketing,
Vertriebsservice / Außendienstorganisation,
Betrieb, Personal, Kapitalanlage

Abschlussprüfer

PricewaterhouseCoopers GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Düsseldorf

Konzernangaben

Wir sind ein abhängiges Unternehmen von der SIGNAL IDUNA Allgemeine Versicherung AG, Dortmund. Gemäß § 290 HGB ist unser Unternehmen in den Konzernabschluss der SIGNAL IDUNA Vereinigte Lebensversicherung aG für Handwerk, Handel und Gewerbe, Hamburg, einzubeziehen. Der Konzernabschluss wird für den größten und kleinsten Kreis von Unternehmen aufgestellt. Er wird im Bundesanzeiger veröffentlicht und beim Unternehmensregister am Geschäftssitz hinterlegt. Die DEURAG ist daher gem. § 291 Abs. 1 HGB von der Pflicht zur Aufstellung eines eigenen Konzernabschlusses befreit.

Wiesbaden, den 28. März 2019

DEURAG
Deutsche Rechtsschutz-Versicherung AG

Der Vorstand

Markus Spiegel

Arndt A. Stange

Dr. Thomas Wolf

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wiedergabe des Bestätigungsvermerks

Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung haben wir mit Datum vom 5. April 2019 den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt:

„Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

.....
An die DEURAG Deutsche Rechtsschutz-Versicherung Aktiengesellschaft, Wiesbaden

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Prüfungsurteile

.....
Wir haben den Jahresabschluss der DEURAG Deutsche Rechtsschutz-Versicherung Aktiengesellschaft, Wiesbaden, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2018 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2018 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der DEURAG Deutsche Rechtsschutz-Versicherung Aktiengesellschaft für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2018 geprüft. Die Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB (Angaben zur Frauenquote) haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2018 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2018 und

- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum Lagebericht erstreckt sich nicht auf den Inhalt der oben genannten Erklärung zur Unternehmensführung.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2018 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Aus unserer Sicht waren folgende Sachverhalte am bedeutsamsten in unserer Prüfung:

① Bewertung der Kapitalanlagen

② Bewertung der Schadenrückstellungen

Unsere Darstellung dieser besonders wichtigen Prüfungssachverhalte haben wir jeweils wie folgt strukturiert:

- ① Sachverhalt und Problemstellung
- ② Prüferisches Vorgehen und Erkenntnisse
- ③ Verweis auf weitergehende Informationen

Nachfolgend stellen wir die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte dar:

① Bewertung der Kapitalanlagen

- ① Im Jahresabschluss der Gesellschaft werden Kapitalanlagen in der Bilanz in Höhe von 403,7 Mio. EUR (96,1 % der Bilanzsumme) ausgewiesen. Bei Kapitalanlagen, deren Bewertung nicht auf Basis von Börsenpreisen oder sonstigen Marktpreisen erfolgt (wie z. B. bei nicht börsennotierten Beteiligungen, Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen sowie Immobilien), besteht aufgrund der Notwendigkeit der Verwendung von Modellberechnungen ein erhöhtes Bewertungsrisiko.

In diesem Zusammenhang sind von den gesetzlichen Vertretern Ermessensentscheidungen, Schätzungen und Annahmen zu treffen. Geringfügige Änderungen dieser Annahmen sowie der verwendeten Methoden können eine wesentliche Auswirkung auf die Bewertung der Kapitalanlagen haben. Aufgrund der betragsmäßig wesentlichen Bedeutung der Kapitalanlagen für die Vermögens- und Ertragslage der Gesellschaft sowie der Ermessensspielräume der gesetzlichen Vertreter und den damit verbundenen Schätzunsicherheiten war die Bewertung der Kapitalanlagen im Rahmen unserer Prüfung von besonderer Bedeutung.

- ② Im Rahmen unserer Prüfung haben wir in Anbetracht der Bedeutung der Kapitalanlagen für das Gesamtgeschäft der Gesellschaft gemeinsam mit unseren internen Spezialisten für Kapitalanlagen die von der Gesellschaft verwendeten Modelle und die von den gesetzlichen Vertretern getroffenen Annahmen beurteilt. Dabei haben wir unter anderem unser Branchenwissen und unsere Branchenerfahrung zugrunde gelegt sowie anerkannte Marktpraktiken berücksichtigt. Zudem haben wir die Ausgestaltung und die Wirksamkeit der eingerichteten Kontrollen der Gesellschaft zur Bewertung der Kapitalanlagen und Erfassung des Ergebnisses aus Kapitalanlagen gewürdigt. Hierauf aufbauend haben wir weitere analytische Prüfungshandlungen und Einzelfallprüfungshandlungen in Bezug auf die Bewertung der Kapitalanlagen vorgenommen. Wir haben unter anderem auch die zugrundeliegenden Wertansätze und deren Werthaltigkeit anhand der zur Verfügung gestellten Unterlagen nachvollzogen und die konsistente Anwendung der Bewertungsmethoden und die Periodenabgrenzung überprüft. Darüber hinaus haben wir die von der Gesellschaft erstellten bzw. eingeholten Bewertungsgutachten (einschließlich der angewendeten Bewertungsparameter und getroffenen Annahmen) für die wesentlichen Beteiligungen und Immobilien der Gesellschaft gewürdigt. Auf Basis unserer Prüfungshandlungen konnten wir uns davon überzeugen, dass

die von den gesetzlichen Vertretern vorgenommenen Einschätzungen und getroffenen Annahmen zur Bewertung der Kapitalanlagen begründet und hinreichend dokumentiert sind.

- ③ Die Angaben der Gesellschaft zur Bewertung der Kapitalanlagen sind in den Abschnitten „Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ sowie „Erläuterungen zur Bilanz“ des Anhangs enthalten.

② Bewertung der Schadenrückstellungen

- ① Im Jahresabschluss der Gesellschaft werden unter dem Bilanzposten „Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle“ versicherungstechnische Rückstellungen (sog. „Schadenrückstellungen“) in Höhe von brutto und netto 284,1 Mio. EUR (67,6 % der Bilanzsumme) ausgewiesen. Versicherungsunternehmen haben versicherungstechnische Rückstellungen insoweit zu bilden, wie dies nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist, um die dauernde Erfüllbarkeit der Verpflichtungen aus den Versicherungsverträgen sicherzustellen. Die Festlegung von Annahmen zur Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen erfordert von den gesetzlichen Vertretern der Gesellschaft neben der Berücksichtigung der handels- und aufsichtsrechtlichen Anforderungen eine Einschätzung zukünftiger Ereignisse und die Anwendung geeigneter Bewertungsmethoden. Den bei der Ermittlung der Höhe der Schadenrückstellungen angewendeten Methoden sowie Berechnungsparametern liegen Ermessensentscheidungen und Annahmen der gesetzlichen Vertreter zugrunde. Geringfügige Änderungen dieser Annahmen sowie der verwendeten Methoden können eine wesentliche Auswirkung auf die Bewertung der Schadenrückstellungen haben. Aufgrund der betragsmäßig wesentlichen Bedeutung dieser Rückstellungen für die Vermögens- und Ertragslage der Gesellschaft sowie der Ermessensspielräume der gesetzlichen Vertreter und den damit verbundenen Schätzunsicherheiten war die Bewertung der Schadenrückstellungen im Rahmen unserer Prüfung von besonderer Bedeutung.

- ② Im Rahmen unserer Prüfung haben wir in Anbetracht der Bedeutung der Schadenrückstellungen für das Gesamtgeschäft der Gesellschaft gemeinsam mit unseren internen Bewertungsspezialisten die von der Gesellschaft verwendeten Methoden und von den gesetzlichen Vertretern getroffenen Annahmen beurteilt. Dabei haben wir unter anderem unser Branchenwissen und unsere Branchenerfahrung zugrunde gelegt sowie anerkannte Methoden berücksichtigt. Zudem haben wir die Ausgestaltung und die Wirksamkeit der eingerichteten Kontrollen der Gesellschaft zur Ermittlung und Erfassung von Schadenrückstellungen gewürdigt. Hierauf aufbauend haben wir weitere analytische Prüfungshandlungen und Einzelfallprüfungshandlungen in Bezug auf die Bewertung der Schadenrückstellungen vorgenommen. Wir haben unter anderem auch die der Berechnung des Erfüllungsbetrags zugrunde liegenden Daten mit den Basisdokumenten abgestimmt. Damit einhergehend haben wir die berechneten Ergebnisse der Gesellschaft zur Höhe der Rückstellungen anhand der anzuwendenden gesetzlichen Vorschriften nachvollzogen und die konsistente Anwendung der Bewertungsmethoden und die Periodenabgrenzungen überprüft. Auf Basis unserer Prüfungshandlungen konnten wir uns davon überzeugen, dass die von den gesetzlichen Vertretern vorgenommenen Einschätzungen und getroffenen Annahmen zur Bewertung der Schadenrückstellungen begründet und hinreichend dokumentiert sind.

- ③ Die Angaben der Gesellschaft zur Bewertung der Schadenrückstellungen sind in den Abschnitten „Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ sowie „Erläuterungen zur Bilanz“ des Anhangs enthalten.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen die Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB (Angaben zur Frauenquote).

Die sonstigen Informationen umfassen zudem die übrigen Teile des Geschäftsberichts – ohne weitergehende Querverweise auf externe Informationen –, mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses, des geprüften Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zum Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähig-

keit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmens-tätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestä-

tigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil

zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.

- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.

- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. „Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.“

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir wurden vom Aufsichtsrat am 9. Mai 2018 als Abschlussprüfer gewählt. Wir wurden am 1. November 2018 vom Aufsichtsrat beauftragt. Wir sind ununterbrochen seit dem Geschäftsjahr 2009 als Abschlussprüfer der DEURAG Deutsche Rechtsschutz-Versicherung Aktiengesellschaft, Wiesbaden, tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Bericht an den Prüfungsausschuss nach Artikel 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Verantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Michael Peters.“

Hamburg, den 5. April 2019

PricewaterhouseCoopers GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Michael Peters
Wirtschaftsprüfer

ppa. Patrik Bensch
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrates

Der Aufsichtsrat hat während des Berichtsjahres seine nach Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben wahrgenommen.

Er hat sich insbesondere vom Vorstand während des Geschäftsjahres regelmäßig über die Geschäftsentwicklung, die Risiken und die finanzielle Situation des Unternehmens sowie über die Lage der Gesellschaft schriftlich und mündlich unterrichten lassen und die Geschäftsführung des Vorstandes überwacht. In seinen Sitzungen informierte sich der Aufsichtsrat eingehend über die geschäftlichen Aktivitäten des Unternehmens und fasste die notwendigen Beschlüsse.

Der Aufsichtsrat konnte sich durch seine Prüfungen von der ordnungsgemäßen Geschäftsführung des Vorstandes überzeugen.

Der Abschlussprüfer, die PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Düsseldorf, hat den Jahresabschluss und den Lagebericht zum 31. Dezember 2018 geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Der vom Vorstand für das Geschäftsjahr 2018 vorgelegte Bericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen gemäß § 312 AktG ist ebenfalls geprüft worden. Der Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers hat folgenden Wortlaut:

„Nach unserer pflichtmäßigen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

1. die tatsächlichen Angaben des Berichtes richtig sind,
2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war.“

Der Aufsichtsrat hat die Prüfungsberichte zur Kenntnis genommen und stimmt dem Ergebnis der Prüfungen zu.

Der Jahresabschluss, der Lagebericht und der Bericht des Vorstandes über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen lagen dem Aufsichtsrat vor und sind von ihm geprüft worden. Nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung sind Einwendungen nicht zu erheben. Dies gilt auch für die Erklärungen des Vorstandes im Lagebericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen.

Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss gebilligt, der damit festgestellt ist, und schließt sich dem Vorschlag des Vorstandes über die Verwendung des Bilanzgewinnes an.

Dem Vorstand und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gilt der Dank des Aufsichtsrates für die im Jahre 2018 geleistete Arbeit.

Dortmund, den 29. April 2019

Der Aufsichtsrat

Dr. Stefan Kutz
Vorsitzender

Ulrich Scheele
Stellvertretender Vorsitzender

Jörg Krieger

Christiane Rabe

Rene Clemens

Achim Kaiser



DEURAG
Deutsche Rechtsschutz-
Versicherung AG
Abraham-Lincoln-Straße 3
65189 Wiesbaden
info@deurag.de
www.deurag.de

Handelsregister Wiesbaden
HRB 3995

Ein Unternehmen der
SIGNAL IDUNA Gruppe

SIGNAL IDUNA Gruppe
Hauptverwaltung Dortmund
Joseph-Scherer-Straße 3
44139 Dortmund

Hauptverwaltung Hamburg
Neue Rabenstraße 15-19
20354 Hamburg